

**Der „Volkswacht“**  
erschien wöchentlich 3 Mal  
und ist durch die  
Expedition, Neue Staupenstr. 8/9,  
und durch Kolporteurs zu beziehen.  
Preis vierteljährlich **Mk. 2.50**,  
pro Woche 20 Pf.  
Durch die Post bezogen **Mk. 2.50**,  
frei ins Haus **Mk. 2.92**,  
wo keine Post am Orte **Mk. 3.34**.

# Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Abbestellungsbedingungen:  
Für die erstbeständige Abbestellung  
über diesen Raum 50 Pf.  
Auswärtige 40 Pf.  
Diebstahl unter Verz. 10 Pf.  
Interate für Arbeitermarkt 15 Pf.  
Kaufverträge 10 Pf.  
Sonder-Angebote an  
Wahltagen  
Interate für die广告 Räume  
müssen bis Sonntag 4 Uhr vor  
Expedition abgeben werden.

Telephon:  
Redaktion 3141.

**Organ für die werkfähige Bevölkerung.**

Telephon  
Expedition 1206.

Nr. 51.

Breslau, Sonnabend, den 1. März 1913.

24. Jahrgang.

## Ein Gespenst.

Ein früherer Offizier schreibt uns:

Die große Beunruhigung, die schon die Ankündigung der neuen Militärvorlage in Frankreich verursacht hat, ist sehr begreiflich, wenn man bedenkt, daß die deutsche aktive Armee der französischen schon 1911, also schon vor der Bewilligung der letzten deutschen Heeresvermehrung, beträchtlich überlegen war. In dem genannten Jahre war das Verhältnis der französischen und wichtigsten Hilfswaffen der beiden Armeen wie folgt:

Waffenart	Deutsches Reich	Frankreich
Infanterie	891.600 Mann	899.584 Mann
Kavallerie	74.493	67.326
Feldartillerie	69.770	56.840
Infanterieartillerie	28.887	19.107
Pioniere	18.127	14.485

1911 betrug die deutsche Präsenzstärke 25.880 Offiziere, 86.442 Unteroffiziere und 507.253 Geseite und Gemeine. Die französische Präsenzstärke belief sich hingegen auf 22.889 Offiziere, 72.587 Unteroffiziere und 479.489 Gemeine. Schon damals war also die deutsche aktive Armee der französischen um 44.610 Köpfe überlegen. Diese Überlegenheit wurde durch die deutsche Heeresvermehrung von 1912 um etwa 40.000 Mann gesteigert und nun erscheint wieder eine neue deutsche Militärvorlage, die offenbar größer ist als alle ihre Vorgängervorlagen. An Frankreich will man diesen Schlag angeblich durch die Wiedererführung der dreijährigen Dienstzeit bei den britischen Waffen und einer Dienstzeit von 30 Monaten bei den anderen Waffen parieren. Nach einer anderen Version soll die dreijährige Dienstzeit sogar der ganzen Armee wieder aufgebremst werden. Da es selbstverständlich ist, daß dem deutschen Mittel die Wiedererführung der dreijährigen Dienstzeit in Frankreich von seiner militärrömischen Presse als für das Reich furchtbar gefährlich hingestellt werden wird, wollen wir darlegen, wie diese „Gefährlichkeit“ aussehen würde.

Frankreich hat sich in den Gedanken verannt, daß es eine der deutschen aktiven Armee annähernd gleich starke aktive Armee haben müsse. Nachdem das Deutsche Reich aber keine aktive Armee nimmermehr so kolossal verstärkt hat und noch mehr verstärken will, kann Frankreich mit der zweiwährigen Dienstzeit, d. h. mit zweiwährigen Aushebungen aus seinen 39 Millionen Einwohnern nicht mehr die nötige Mannschaftszahl herausziehen. Daher such es sein Ziel darin, die aktive Armee mit dreiwährigen Aushebungen zu rekrutieren. Es ist allerdings sehr wahrscheinlich, daß Frankreich in jedem Jahre 200.000 Laufstühle stellen kann und darum bei dreiwähriger Dienstzeit eine aktive Armee von 600.000 Gemeinen — jenseit wird die deutsche aktive Armee nach der neuen Militärvorlage ungefähr zählen — auf die Beine zu bringen imstande ist. Aber mit der aktiven Armee allein kann auch Frankreich keinen großen europäischen Krieg führen und daher muß man fragen, wie die Wiedererführung der dreiwährigen Dienstzeit auf das mobilisierbare Heer wirken wird. Und in dieser Hinsicht würde sie sogar eine große Schwächung der französischen Wehrkraft zur Folge haben. Da bei der allgemeinen Wehrpflicht die mobilisierte Armee von einer bestimmten Anzahl von Jahrgängen gebildet wird, hängt die Kopfzahl der auf Kriegszug gebrachten Heere in erster Linie von der Stärke der Jahrgänge ab. Der Jahrgang zählt jetzt in Frankreich rund 240.000 Gemeine. Würde es die dreiwährige Dienstzeit einführen und zugleich seine aktive Armee auf 600.000 Gemeine bringen, so würde ein Jahrgang nur mehr 200.000 Gemeine zählen. Somit müßte Frankreich an seiner künftigen Kriegsmacht bei jedem Jahrgang 40.000 Mann verlieren. Das würde in 15 Jahren eine Einbuße von 600.000 Mann sein. Einen derartigen Rückgang seiner Kriegsstärke wird aber gerade Frankreich am wenigsten wollen.

Für unsere westlichen Nachbarn ist eben die Zeit gekommen, in der sie auch im Frieden mit dem Deutschen Reich in Bezug auf die Kopfzahl der Armee nicht mehr konkurrieren können. Für den Kriegszustand ist dieser Zustand schon seit Jahren vorhanden, denn aus 39 Millionen Menschen kann man selbstverständlich nicht so viel Soldaten zumamentrommeln, wie aus 50 oder 65 Millionen. Jetzt liegt die Angelegenheit so, daß Frankreich, wenn es im Kriege zum Beispiel 10 Prozent seiner Bevölkerung unter Waffen stellt, 3.900.000 Mann zur Verfügung hat. Macht das Deutsche Reich die gleichen Anstrengungen, hat es eine Armee von 6.700.000 Mann, ist also Frankreich näher zu um 3 Millionen überlegen. Und da soll Frankreich auch noch die Dummheit begehen, seine Kriegsstärke an militärisch vollkommen ausgebildeten Leuten durch die Wiedererführung der dreiwährigen Dienstzeit jährlich um 40.000 Mann zu schwächen!

Die vorstehenden Ausführungen lehren aber auch, daß eine nochmalige Erhöhung der Präsenzstärke der deutschen aktiven Armee wirklich nicht notwendig ist. Daß sie sogar 45.000 bis 50.000 Mann im Jahre beträt, ist noch viel überflüssiger. Wir haben schon jetzt mehr als

genug Soldaten auch für einen Krieg gegen 2 Fronten. Aber die Zeiten sind halt sehr günstig für eine neue Militärvorlage, die neben das Volk von Kriegszucht erfüllt ist. Und nachdem die Flotte jetzt, wenigstens für einige Zeit, ausgebaut ist, kommt die Armee daran. Das hat man schon vor Jahren gewußt. Ist die Armee glücklich ausgebaut, werden gewiß wieder „bedenkliche Lücken“ bei der Marine eridet werden. Das ist für die Armee, und die Marinelleferanten und auch für die Offiziere, die ein gutes Advancement brauchen, sehr erfreulich. Aber dem Volk, das die Rechnung bezahlen muß, macht es weniger Spaß.

## Die Situation auf dem Balkan.

Ein amtliches Kriegsbulletin besagt, daß bisher bei Bulgarien und Serbien keine Veränderung in der militärischen Lage eintrat. Der Feind bei Saloniki und Adrianopel schwach. Der Artilleriekampf dauere auf allen Fronten, insbesondere auf der Ostfront, fort. Die Konsulin von Adrianopel richteten ein Telegramm an die Votschafter in Konstantinopel, worin sie gegen das Verhalten der Bulgaren protestieren, die anscheinend absichtlich die Häuser der Fremden beschlehen.

Die Wiener „Politische Korrespondenz“ meldet aus London: Der Verlauf des Meinungsaustausches mit den führenden türkischen Persönlichkeiten, die zunehmende Erstarkung des Wunsches nach Frieden in Konstantinopel und der Stand der Dinge auf dem Kriegsschauplatz rufen in diplomatischen Kreisen den bestimmten Eindruck hervor, daß das Ende des Balkankrieges nahegerückt und die Bereitwilligkeit zur Verhandlung bei den kriegführenden Parteien zu solcher Reife gelangt ist, daß die Zustimmung der Mächte zu den Vorschlägen der Mächte und die Öffnung der Friedensverhandlungen in aller Form bald erwartet werden kann.

### Friedenshoffnungen.

Wien, 27. Februar. Der volkswirtschaftliche Ausschuss nahm eine Resolution an, in der die Befriedigung ausgesprochen wird, daß Graf Sialrgik in der letzten Besprechung mit den deutsch-böhmischen Abgeordneten soweit die gegenwärtigen Verhältnisse gestatten, die ruhigen Mittelstufen in der die auswärtige Lage machte, die auch in wirtschaftlichen Kreisen mit großer Genugtuung aufgenommen wurden. Der Ausschuss bedauert, daß diese Erklärung durch eine hochgradige Rundgebung außerordentlich abgeschwächt worden sei, wodurch nur neuerliche Beunruhigung in der Öffentlichkeit wachgerufen wurde.

London, 27. Februar. Nach einer Information der „Wiener Allgemeinen Zeitung“ nimmt man in London an, daß die Beratungen der Votschafter-Reunion in London mit dem 10. März ein halbwegs positives und ermutigendes Resultat ergeben haben werden. Am 10. März tritt nämlich das englische Parlament wieder zusammen und die englische Regierung lege wie es heißt, großen Wert darauf, dem Parlament günstige Mitteilungen über das Ergebnis der unter dem Vorhitz des englischen Staatssekretärs im Auswärtigen Amte, Sir Edward Grey, tagenden Votschafter-Reunion machen zu können. Darnach müßte man also annehmen, daß in den Verhandlungen über Albanien bis dahin ein wesentlicher Schritt vorwärts getan sein muß.

## Politische Uebersicht.

### Stichwahltaktik.

Das „Berliner Tageblatt“, das am Dienstag die Haltung der Sozialdemokratie bei der Landtagswahlwahl in Teleson-Weeslow zwar abschwach aber doch konsequent genannt hat, fürchtet wohl den Tadel seiner Parteifreunde und es läßt daher in einer zweiten Betrachtung über den Gegenstand die Anerkennung der Konsequenz fallen. Der Beschluss ohne Gegenleistung nicht für Traud einzutreten, ist ihm jetzt scheinbar eine Dummheit und um die Sozialdemokratie von ihrem Plane abzubringen, verweist das freisinnige Organ sie auf die Entscheidung, die der Jenaer Parteitag von 1911 zur Stichwahltaktik angenommen hat.

In der Tat hat sich die Partei in Jena auf den Standpunkt gestellt, daß wenn die Genossen die Wahl zwischen zwei bürgerlichen Kandidaten hal, sie dem ihre Stimme zuwenden sollen, der sich schriftlich zur Einhaltung bestimmter Bedingungen verpflichtet. Aber diese Resolution galt nur für die Reichstagswahl von 1912, und das „Berliner Tageblatt“ stellt sich nicht anders als es ist, wenn es so tut, als gäbe es zwischen der Wahl zum Reichstag und der zum preussischen Abgeordnetenhaus eigentlich keinen Unterschied.

Wir könnten es ja mit seinen eigenen Worten sagen, denn als der sozialdemokratische Preusentag im Januar die Bedingungen für die Unterstützung bürgerlicher Kandidaten formuliert und der fortschrittliche Preusentag diese Bedingungen nach nicht in der Hand abgeschlossen hat, da hielt das „Berl. Tageblatt“ die sozialdemokratische Resolution noch für eine nicht ganz unbrauchbare Grundlage. Jedemfalls fiel es ihm nicht ein, auf den Jenaer Beschluss zu bezogen zu sein. In allem Ueberfluß aber sei den „Berl.“ bejorzogen freisinnigen noch einmal ausdrücklich gesagt, daß die Sozialdemokratie nicht in der Lage ist, die preussischen Landtagswahlen

ebenso zu behandeln wie die Reichstagswahlen. Die Gründe liegen auf der Hand.

Im Januar 1912 kam es darauf an, eine Mehrheit der schwarzblauen Mehrheit unter allen Umständen zu verhindern. Dazu konnten wir beitragen, wenn wir, auch ohne daß uns Gegenleistungen sicher waren, dem Liberalen vor dem Reaktionen den Vorzug gaben. In Preußen aber würde eine derartige Taktik keineswegs den Erfolg haben, die Mehrheit der Feinde des gleichen Wahlrechts in eine Minderheit zu verwandeln.

Bei den Reichstagswahlen wußte sich die Sozialdemokratie fast genug, um ohne auf eine Gegenleistung unbedingt bestehen zu müssen, diejenigen unterstützen zu können, die sich auf gewisse Mindestforderungen festlegten. In Preußen, wo ein niederträchtiges Wahlsystem ihre Stärke in der Zahl der Mandate auch nicht im entferntesten zum Ausdruck kommen läßt, muß die Sozialdemokratie von denjenigen, die auf ihre Hilfe Anspruch erheben, verlangen, daß sie sich nicht auf die Rolle der Nehmenden beschränken.

Bei den Reichstagswahlen wußte die Sozialdemokratie, daß unter den Liberalen immerhin eine starke Stimmung vorhanden war, in der Stichwahl auf Rot gegen Schwarz zu setzen. Für die Landtagswahlen haben die Liberalen ein Zusammenwirken mit der Sozialdemokratie durch Worte so gut wie durch konsultative Handlungen ausdrücklich abgelehnt.

Bei den Fragen, die sich im Januar 1912 im Vordergrund des Interesses befanden, kommt es in der Hauptsache darauf an, daß die Liberalen innerhalb des Parlaments in Rede und Abstimmung ihren Mann stehen. Die Frage, die die Landtagswahlen beherrscht, die Wahlrechtsreform, ist so geartet, daß auch in der Wahlkampagne das Zusammenarbeiten der Parteien, die das Wahlrecht wollen, deutlich in die Erscheinung treten muß.

### Rebelle in der Polen-Fraktion.

Bei der Abstimmung im Reichstag über den Antrag Abias, welcher der Regierung die Möglichkeit geben sollte, vom 1. April ab Verfügungen über Polierleistungen zu erlassen, fiel das Verhalten der polnischen Reichstagsfraktion auf. Nach § 9 der Geschäftsordnung der Fraktion sind die polnischen Abgeordneten verpflichtet, geschlossen zu stimmen. Diese Verpflichtung wurde von drei Abgeordneten nicht eingehalten. Die Abgeordneten Nowicki und Garsinski enthielten sich der Stimme und der Abgeordnete Sosinski, der Vertreter des Wahlkreises Kattowitz-Zabrze, stimmte für den Antrag. Dieses Verhalten bei der Abstimmung hat in der polnischen Presse einen Sturm der Entrüstung verursacht. Auch in der Fraktion ist es zu ähnlichen Ausfällen gekommen, ohne daß die Verhandlungen ein Resultat erzielt hätten. Das polnisch-konservative Organ, der „Diennit Bozanski“, kommt nun mit einem positiven Vorschlag. In einem Leitartikel wird die schwierige Lage der polnischen Abgeordneten aus dem ober-schlesischen Bezirk anerkannt, weil sie die sozialdemokratische Konkurrenz zu fürchten haben. Aus diesem Grunde wird den ober-schlesischen polnischen Abgeordneten empfohlen, aus der polnischen Fraktion auszutreten und sich nur als Hospitanten anzumelden. Auf diese Art hofft man, den ober-schlesischen Abgeordneten die Möglichkeit zu geben, in wirtschaftlichen Fragen nach Bedarf zu stimmen, in politischen Fragen dagegen sich mit den übrigen polnischen Vertretern zu vereintigen.

### Die Angst vor der Erbschaftsteuer.

Das lebhafteste Eintreten eines Teils der bürgerlichen Presse, die Militärvorlage zuerst zu verabschieden und dann erst an die Deckungsfrage heranzutreten, hat bei den Konservativen große Beunruhigung hervorgerufen. Die „Deutsche Tageszeitung“ wendet sich mit aller Schärfe dagegen, daß der Regierung die Möglichkeit geboten werden solle, mit wechselnden Mehrheiten zu arbeiten. Das agrarische Blatt befürchtet, daß in diesem Falle die Gefahr besteht, daß der Reichstag die den Agrariern so überaus verhasste Erbschaftsteuer bewilligen könne. Soweit neue Steuern nötig sind, müßten die wirklich leistungsfähigen Schultern getroffen werden; es sei aber zu vermeiden, daß Steuern vorgeschlagen werden, die am letzten Ende die gesunde Volkskraft untergraben müßten. Wenn die Agrarier Steuern bezahlen sollen, dann erbitten sie darin befandlich immer eine „Untergrabung der gesunden Volkskraft“. Deshalb führt die „Deutsche Tageszeitung“ aus:

Das politische Ziel bei der Deckungsfrage aber ist eben so klar geachtet: es muß dafür gesorgt werden, daß die vorgeschlagenen neuen Steuern keine schädigende Wirkung auf die Behandlung der Wehrvorlagen selber ausüben können. Dieses notwendige Ziel kann naturgemäß nur dadurch erreicht werden, daß die Regierung Wehr- und Deckungsvorlagen so ausgestaltet, daß beide für die gleiche Mehrheit nationaler Parteien zunächst wenigstens grundsätzlich annehmbar sind. Welcher formelle Weg dabei einzuschlagen wäre, soll hier nicht erörtert, sondern nur nochmals die Unmöglichkeit betont werden, für die Durchbringung der Deckungsvorlage etwa auf eine besondere Mehrheit zu insistieren. Würde die Regierung auch nur den Anschein erwecken, daß das geschehe, oder würde sie Steuern vorschlagen, die Gegenstand eines scharfen grundsätzlichen Streites zwischen großen nationalen Parteien an-



wesen sind, so würde von vornherein eine Amtshilfe der Un-  
sicherheit und des Mißtrauens geschaffen, die auch auf eine  
wichtige und glatte Erledigung der Vereinstage ohne jeden  
Zweifel ungünstig einwirken müßte.

In wenig verhängnisvoller Form drohen also hier die Agrarier,  
der Erledigung der Vereinstage Schwierigkeiten zu berei-  
ten, falls sie gezwungen werden sollten, zu den neuen  
Lasten mit beizutragen. Das ist der Patriotismus, der seine  
Grenze am Fortemontale der besitzenden Klassen findet. Diese  
Faltung der Agrarier ist allerdings nichts Neues, denn sie  
haben bisher bei Steuerfragen es immer meisterhaft ver-  
standen, sich selbst von der Zahlungspflicht zu drücken, den  
anderen Klassen aber umfomehr Lasten aufzubürden. Die  
Agrarier halten an der Auffassung fest, daß der Staat die  
Aufgabe habe, ihnen unausgesetzt Liebesgaben in jeder mög-  
lichen Form zuzuwenden, daß er aber nicht das Recht habe,  
sie auch zur Uebernahme von Lasten heranzuziehen.

### Lebhafte Debatten im Rudolstädter Landtage.

In der Mittwochssitzung fand die erste Lesung des Etats  
auf der Tagesordnung. Die Anlagen des Landes stehen sehr  
günstig; in der letzten Finanzperiode sind ganz erhebliche Lieber-  
schüsse gemacht worden. — Vom Landtage wurde eine Revision  
des Einkommensteuergesetzes mit erheblicher Herabsetzung der un-  
teren Stufen verlangt. — Einzig ist der Landtag darin, daß die  
zu erwartenden Mehreinnahmen zu einer erheblichen Aufbesserung  
der Gehälter und Löhne der Beamten und Arbeiter des Staates  
verwendet werden sollen. Ferner wird die Befestigung der Grund-  
-, Gebäude- und Gewerbesteuer und als Ersatz hierfür eine Ver-  
mögenssteuer gefordert. — Die Regierung teilt mit, daß sie im  
Bundesrat stets für eine Erbschaftsteuer eingetreten sei, aber dar-  
auf wägen die großen Bundesstaaten nicht zu haben. Gegen den  
Willen der Regierung wurde ein Abteilungsmitglied des  
Ministeriums gestrichen. — Gegen die Stimmen der bürgerlichen  
Parteien wurde beschlossen, alle Orden- und Titelerleihungen  
mit einer einmaligen Abgabe zu belegen. Für eine Abgabe auf  
Titelerleihungen stimmte auch die Mehrzahl der Rechten.

Beim Gehalt des Staatsministers kam es zu einer heftigen  
Debatte zwischen der Linken und dem Minister von der Rede. —  
Genosse Part in ann erklärte, daß aus verfassungsmäßigen und  
finanziellen Gründen die Linke für das Gehalt stimmen  
werde. Daraus sei aber keineswegs ein Vertrauensvotum für den  
Minister zu entnehmen; er habe über den Parteien zu stehen,  
was bei seiner bekannten Tätigkeit nicht der Fall war. — Der  
Staatsminister erwiderte darauf, er habe von der Linken des  
Hauses kein Vertrauensvotum erwartet. Würde ihm sein Gehalt  
vom Landtage und von der Regierung abgelehnt, dann würde  
er einfach den Reichstag beschreiten. Er sprach dann noch von  
einer Umsturz- und Revolutionspartei, worauf man ihm die ge-  
wöhnliche Antwort nicht schuldig blieb.

Genugtuung für den Pächter Soth. Der Pächter Soth  
ist, wie eine Berliner Korrespondenz meldet, in dem Verlaufe  
der angefallenen Ermittlung nach Berlin geladen worden.  
Der Kaiser hat sich dahin geäußert, daß er dem Pächter jede  
Genugtuung geben würde, wenn sich herausstellt, daß ihm  
wirklich unrecht geschehen ist. Wilhelm II wird also zum ersten  
Male gezwungen sein, eine seiner Neben nachträglich zu rekti-  
fizieren.

In der Ausweiselung der tariflichen Gutsverwaltung  
Sabinen gegen den Pächter Soth steht Freitag vor dem Land-  
gericht Erling Lerin an. Die Streitfrage, um die es sich han-  
delt, ist folgende: Die Gutsverwaltung Sabinen hat dem Pächter  
Soth für den 1. Juli d. J. gekündigt. Herr Soth bestreitet, daß  
er zu dieser Kündigung berechtigt sei. Er legt nämlich den be-  
treffenden Paragrafen des noch vom Vorbesitzer des Gutes  
Sabinen, Landrat a. D. Vitzner, geschlossenen Vertrages dahin  
aus, daß der Kaiser zu einer vorzeitigen Kündigung des für  
20 Jahre geltenden Vertrages nur unmittelbar nach seiner Ueber-  
nahme des Gutes Sabinen berechtigt gewesen sei.

Der fahige Steuerkommissar. In dem idyllisch ge-  
legenen oberrheinischen Landorte Wiltenhausen wurde  
vom Steuerkommissar dem dortigen Vertrauensmann der sozial-  
demokratischen Partei eröffnet, er habe als „Parasit“ 100  
Mark Einkommen zu versteuern. Der so Bezeichnete reklamirte  
mit dem Hinweis, daß er als Vertrauensmann nicht nur keinerlei  
Einkommen habe, sondern es als eine Ehre ansehe, für die So-  
zialdemokratie zu wirken zu können. Das wollte nicht in den  
Kopf des Steuerkommissars hinein. Vielleicht im Hinblick auf  
die vielfach glänzend entschiedenen Vertrauensmänner bürger-  
licher Parteien erging an den sozialdemokratischen Vertrauens-  
mann folgendes Schreiben:

..... Gemäß Artikel 54, Absatz 3 des Einkommen-  
steuergesetzes werden Sie hiermit unter Androhung der Zurück-  
weisung Ihres Einkommens ausgedrückt, mit spätestens bis zum  
3. Februar d. J. schriftlich näher nachzuweisen, daß Sie keine  
Vergütung als Parteiführer erhalten.

## In schlimmen Händen.

Nominal von Erich Schlawier.

(Nachdruck verboten.)

In der Büchergasse regelte sich die lange Märie auf der  
Steinbank und nach ihrer Schwester mit einem Maß unverholene  
Reides. Dagmar aber ging sorglos und mit einem leichten  
Grün an ihr vorüber. Oben in ihrer Dachkammer fand sie  
einen Brief, den sie langsam und mit einem leichten ironischen  
Lächeln zu öffnen begann. Er kam von dem Hotelier in Mei-  
und der Gehilfin lautete:

Es ist sehr ärgerlich von Dir, daß Du mir so selten eine  
Nachricht zukommen läßt. Der Stein des Anstoßes war meine  
Schwägerin und ich habe sie für immer aus unserem Hause  
verbannt. Doch meine Frau hat keinen empfindlichen Widerspruch  
erregt, und Du ja wissen. Ueberdies ist sie auch ein  
recht fröhlicher, als sie in den letzten Jahren schon ge-  
wesen ist. Die bestigen Szenen, die Du ihr beim Abreise nach-  
schickst, ist für sie eine Folge der Schrecken ihrer Schwester auf.  
Der Weg ist also frei und ich bitte Dich, so bald als möglich  
wieder zurückzukommen. Die Höhe deiner Reise nur als  
eine Befreiung in der Heimat auf. Wie sehr ich mich nach Dir  
sehne, bewege ich Dir ja nicht erst zu sagen.

Wie ein helles, überaus gutes Bild glüht die vieler Tage  
an den Augen Dagmars darüber; aber sie dachte mit keinem  
Schemen an die Rückkehr. Die Vaterstadt begann ihr zu ge-  
fallen. Wie elegant und herrlich hatte nicht eben Axel Sal-  
berger geglaubt!

Unweit der Stadt lag das Etablissement „Balbeslup“.  
Wenn das heitere Leben des Sommers erwachte, wenn kleine,  
unmerkliche Gelegenheiten die Leute nach draußen, wenn dann und  
wann — die fremde Hilfe Hilfe — elegante Vergnügungs-  
statten im Garten zu sehen, um bald darauf in die dämlichen Ge-  
wässer zu schwimmen, wenn alle Leute, auf die man sich son-  
nen, nicht mehr bestanden konnte, in ebendiesem Sommer-  
tag die bestmögliche Gärten zu genießen, dann erwachte auch in  
„Balbeslup“ ein reges Leben und Summen. Die dort Ge-  
sammelten, die sich der langen Speisegänge und Wagnisse  
nicht schämten, wühlte am Sonntag kaum je einen anderen An-  
gestanden. In den schattigen Gärten lag es sich überaus  
ruhig und der man kuschelte am Rande des Bades war,  
wenn man auch einen kleinen Schanz in der Hand wanden.

Gaule der Steuerkommissar nun, unseren Gefassen in  
der Falle zu haben, so hatte er sich geteilt. Dieser erbrachte von  
unserem oberrheinischen Parteisekretariat den gewünschten Nach-  
weis. Ob dieser Nachweis dem Kommissar genügen wird, weiß  
man allerdings noch nicht. — Es ist aber doch ein tolles Stück:  
die Steuerbehörde fest ohne jegliche Unterlage Einkommens-  
steigerungen fest und verlangt dann von den Eingekleideten den  
Nachweis, daß eine Einkommenssteigerung nicht besteht!

Sonntags- und Montag-Tag. Der „Noll. Zig.“ wird  
aus parlamentarischen Kreisen mitgeteilt, daß die Budget-  
kommission scharf vor Pfingsten die Wehrvorlage und die  
Deckungsfrage verabschieden könne. Es müßte mit einer  
Sommeranfrage des Reichstages nach Pfingsten gerechnet werden.  
Die verbündeten Regierungen würden unter keinen Umständen  
eine Verschiebung der Wehrvorlagen auf den Herbst zulassen.

Oberbürgermeister Ehrhede von Charlottenburg, der  
frühere Unterbürgermeister des hiesigen Oberbürgermeisters  
Mailling in Breslau, ist am Donnerstag vormittag an den Folgen der  
Schlaganfälle, die ihn betroffen haben, gestorben.

Preussischer Wind in Osnabrück. In Osnabrück werden nicht  
nur Sozialdemokraten als Bürgermeister und Polizeobeamte  
nicht bestmöglich, sondern die Lehrer dürfen auch in Arbeiter-  
bildungsvereinen nicht referieren. Im hiesigen Landtage wurde  
am Dienstag bei der Budgetberatung die Regierung deshalb zur  
Verantwortung gezogen.

Der neue Direktor des Schulwesens im Großherzog-  
tum, Geheimrat Büffert, versuchte die Verfüllung, nach welcher  
einem Gymnasiallehrer unterjagt wurde, in einem Arbeiter-  
bildungsverein einen naturwissenschaftlichen Vortrag zu halten,  
zu rechtfertigen. — Die Vereidigung einer Maßnahme gegen die  
Sozialdemokratie kann dieser agitatorisch nur dienlich sein.

Der Populärer? Ein Gastwirt in Petersdorf (Provinz  
Brandenburg) wollte in seinem Lokale ein Konzert veranstalten,  
und er hatte die Kapelle des Ulanenregiments in  
Jückeburg gewonnen. Ohne Angabe von Gründen erhielt er  
aber eine Abweisung. Dann wandte sich der Wirt an die Inspektors-  
kapelle in Glauchau. Das Lokal war zur festgesetzten Stunde  
belegt, und die Kapelle trat auch pünktlich ein, doch spielte sie  
nicht. Der Musikmeister erklärte dem Wirt, er könne nicht  
spielen, da in dem Lokale die Sozialdemokraten ihre Versam-  
lungen abhalten! Die bürgerlichen Blätter, die sich über die  
etwa von Arbeitern veranstalteten Boykotte aufregen, schweigen  
natürlich über den Militärboykott.

Gegen die Schundliteratur. Einer Korrespondenz zufolge  
beschäftigt sich der Bundesrat gegenwärtig mit einer Vorlage zur  
Änderung der §§ 66 und 68 der Gewerbeordnung. Es wird  
beabsichtigt, die Ausstellung von Werken der Schundliteratur und  
ihren Verkauf zu verhindern. Die Vorlage soll demnächst  
an den Reichstag gelangen.

Eine verunglückte Staatsaktion. Unbezahlte Reklame  
machte in Osnabrück die Volkzeitung für den „Wahren Jakob“.  
Ein Buchhändler hatte die „Madonna von Bochum“, jenes be-  
kannnte Bild aus dem Gefängnis, in welchem eine Bergmanns-  
frau mit ihrem Sühling wegen Streiftvergehens sitzt, ausge-  
schnitten und ausgestellt. Die Volkzeitung beschlagnahmte das Bild,  
weil — die Druckfirma fehle, und stellte gegen den Händler  
Strafantrag beim Gericht wegen Vergehens gegen die §§ 6 und 19  
des Pressegesetzes. Das Amtsgericht war anderer Ansicht und  
lehnte den Antrag ab.

## Ausland.

### Die Börse und der belgische Generalstreik.

Während die Vorbereitungen der Arbeiter sicher und  
energisch fortgehen — auch die neutrale Brüsseler Buch-  
drucker-Organisation hat sich in einer Massenversammlung  
von 1400 fast einstimmig für die Beteiligung erklärt — suchen  
die Regierungsbürokraten zu machen, daß die Sache nicht  
einst zu nehmen sei. Rame es wirklich zur Arbeits einstellen,  
so würde die Beteiligung daran minimal sein. Anders denkt  
dabei das berufene Nachorgan der kapitalistischen Interessen.  
Wie das belgische Finanzblatt berichtet, ist die Stimmung der  
Börse in letzter Zeit äußerst gedrückt. Da der Streik nach der  
Ablehnung der Wahlreformverhandlungen unvermeidlich erscheint,  
hat die immer ängstliche Masse der Kapitalisten sich bemüht, so  
viel als möglich und zu jedem Preis ihre Industriepapiere  
loszuschlagen, ohne sich über das voraussichtliche Maß der Ein-  
wirkung Regenschicht zu geben. Da alles auf einer Seite war,  
namentlich hinsichtlich der Kohlen- und Eisenwerte, hat diese  
unüberlegte Laune einen Rückgang der Kurse und namentlich  
eine deutliche Verminderung der Gewinne gebracht. Bei  
dieser Gelegenheit sei verklärt, daß nicht nur bei der Börse  
sondern in der ganzen Geschäftswelt ohne Ausnahme  
eine sehr lebhaftige Erregung besteht — nicht, wie sonst,  
gegen die Oppositionspartei, die den Streik beschloß, hat  
nachdem sie das Land vorbereitet hatte, sondern gegen die Re-  
gierung, deren höchst unpolitische Unverhältnlichkeit die  
Spannung bis zur äußersten Gefahr, wie sie jetzt besteht, ge-  
bracht hat. Das Blatt rechnet mit der stammen Besorgnis  
des Streikbeschlusses und erwartet davon die schlimmsten Folgen

für Industrie und Handel. Es empfiehlt daher, nochmals durch  
Männer der Geschäftswelt einen Vermittlungsversuch  
zu machen. — Der „Peuple“ bemerkt dazu, die Arbeiterpartei  
werde sicher keinen Vermittlungsversuch entmutigen. Sie sei  
aber bereits auf dem Wege der Zugeländnisse bis zur äußersten  
Grenze gegangen. Von ihr werde kein Vorschlag mehr kommen.

Der Wahlrechtsgefekentwurf im ungarischen Reichs-  
tage. Aus Budapest wird gemeldet: Am Mittwoch hielt der  
Reichstag wieder seine gewöhnliche Sitzung ab. Ein neuer Vice-  
präsident wurde gewählt, weil der Vizepräsident Jankowicz zum  
Minister für Kultus und Unterricht ernannt wurde. Der Re-  
fekt des Wahlrechtsgefekes hat den Wahlrechtsgefekentwurf am  
Mittwoch dem Reichstag eingereicht, und die Verhandlungen  
werden wahrscheinlich am Montag oder Dienstag beginnen. In  
demselben Tage soll auch der allgemeine Generalstreik seinen An-  
fang nehmen.

Weitere Hausführung der polnischen Magnaten. Der  
Hausführung auf dem Schloß des Grafen Potocki sind weitere  
Hausführungen der polnischen Magnaten im Gouvernement  
Wojaschitz gefolgt. Dieses Vorgehen der Gendarmerie ist auf  
eine Demütigung der schtruppischen Leute zurückzuführen, denen  
diese polnischen Aristokraten ein Dorn im Auge waren. Graf  
Potocki hielt eine sehr zahlreiche Forchwache und Treiber, die er  
angehlich zu militärischen Zwecken ausgebildet haben soll.

Die Abstimmungen über den Proporz in der Stadt  
Arlach. Wie Ideen marschieren, zeigt die Entwicklung der  
Stimmverhältnisse bei den verschiedenen Abstimmungen über  
die Wahlreform. 1900 handelte es sich zum erstenmal um die  
Frage des Nationalratswahlproporz. Er wurde in  
Arlach damals mit 9715 gegen 7448 Stimmen abgelehnt.  
Bei der Abstimmung von 1910 fand dieselbe Forderung schon  
mit 18.849 gegen 11.729 Stimmen in der Stadt Annahme. Sie  
unterlag demnächst im ganzen Lande noch einmal mit einer  
Stimmabstimmung. Nachdem 1908 und 1907 funktionale Gelehe,  
die den Proporz für Arlach bringen sollten, einmal wegen Ver-  
weigerung mit der Abschaffung der Volkswahl der Lehrer, das  
andere Mal, weil der Nationalratsproporz fehlte, abgelehnt  
worden waren — auch von den Sozialdemokraten — stimmten  
1911 schon 18.097 gegen 8445, also fast Zweidrittelmehrheit, für  
den Nationalratsproporz, der jedoch wieder durch die Stimmen der  
Landorte unterlag und am 22. Dezember 1913 wurde das  
neue Wahlrechtgesetz, das die Zulässigkeit des Proporz für die  
Stadt auspricht, mit 20.098 gegen 4084 und nun am 18. Fe-  
bruar 1918, der Proporz für den großen Stadtrat (Stadtverord-  
nenversammlung) selbst mit 11.918 gegen 2289, also mit über  
84 Prozent der Abstimmenden angenommen. Am 13. April wird  
zum erstenmal nach dem neuen System gewählt werden. Seine  
Verwirklichung wird sicher dazu beitragen, auch die Zahl der Gegner  
des Systems für die übrigen Vertriebskörper zu vermindern,  
so daß seine Einführung auch für den Nationalrat und den  
Nationalrat nur noch eine Frage nicht mehr langer Zeit sein  
wird. Es geht doch vorwärts!

Der Hungerstreik der Suffragetten. Die im Londoner  
Volksgeheimnis sitzenden Suffragetten haben den vor einigen  
Tagen angekündigten Hungerstreik nunmehr sämtlich begonnen  
und haben auch schon einen großen Erfolg zu verzeichnen.  
Infolge der im vorigen Jahre im Unterhause stattgefundenen  
Debatten über die Zwangsmaßnahmen der Polizei und Gerichte  
gegenüber dem Hungerstreik, die schärfte die zwangswelke Er-  
nennung verurteilten und als grausame Märter him-  
melfest, sind nunmehr die Gerichte- und Polizeibehörden dem  
Hungerstreik gegenüber machtlos. Infolgedessen hat man sich  
gezwungen gesehen, drei von den hungernden eingesperrten  
Suffragetten zu entlassen, da Gefahr für ihr Leben be-  
stand. Auch Frau Vanhurst, die ebenfalls letzte Nahrungsauf-  
nahme verweigerte, wurde gestern abend, nachdem sie gewisse  
Forderungen abgegeben hatte, aus der Haft wieder entlassen, in die  
sie vorgelassen kam, da sie sich weigerte, bis zu ihrem im Mai  
oder Ende April stattfindenden Schwurgerichtsprozesse sich zu  
verpflichten, sich jeglicher Uebertritte zu enthalten. Ferner ver-  
lautet, daß auch Miss Vanhurst demnächst ebenfalls freigelassen  
werden soll.

Aus Mexiko. Wie aus Mexiko gemeldet wird, hat sich  
der General Orozko, der Führer der Aufständischen mit seinen  
Truppen der neuen Regierung unterworfen. Der  
Kongress hat Guerta als neuen Präsidenten anerkannt. Im  
Parlament brachte der Finanzminister eine Vorlage ein, der  
zufolge beschlagnahmt wird, eine Anleihe von 400 Millionen Mark  
aufzunehmen. Rasul Madero, ein weiterer Bruder des  
ermordeten früheren Präsidenten Madero soll, wie nunmehr aus  
Mexiko herber gemeldet wird, ebenfalls erschossen  
worden sei. Genaueres hierüber ist noch nicht bekannt.

Ein sozialistisches Lehrerbüreau. Um dem rapid wach-  
senden Verlangen sozialistischer Gemeindeverwaltungen in

ohne seine Peine anstrengen zu müssen. Auch die jüngeren  
Leute kamen her. Der Wirt war ein jüngerer Geschäftsmann,  
der seinem Lokal eine Reihe von besondern Vorzügen zu er-  
halten wußte. Die Damen des Städtchens waren längst über-  
eingelommen, daß man einen feinen und wirrigen Kaffee nur  
in „Balbeslup“ erhalten könne. Der Kaffee war aber köstlich  
überall gut und genießbar; schlimmer war es schon, daß in  
den mehr ländlichen Ausflugsorten das Bier allzu lange hätte  
stehen müssen und allzu schlecht behandelt war. Nirgendso peinte  
aus dem Saß ein so frischer und süßer Tropfen wie auf  
„Balbeslup“, und wenn die Nähe der Stadt ihre Schattenseiten  
hatte, so hatte sie doch auch ihr Gutes. Der Wirt hatte es  
leicht, seine Küche in vorzüglichem Zustand zu erhalten, und er  
wählte die Chance mit anerkannter Meisterhaftigkeit aus. Eine  
reizvolle Abendstunde auf „Balbeslup“ war ein so bester  
Gedanke, daß die besten und verträglichsten Junggesellen so-  
fort mit der Zunge zu schmalzen begannen. Auch sonst wurde  
den Gästen mancherlei geboten. An milden Sommerabenden  
wurden sogenannte „Nachtliche Nächte“ arrangiert — Gartenfeste,  
bei denen der ganze Garten durch bunte Lampen erhellt war;  
an Regentagen konzertierte gelegentlich eine recht köstliche  
Musikkapelle, kurz „Balbeslup“ blieb ein Ort, der von keiner  
Konkurrenz in Anspruch genommen wurde.

Als nun der Ruf von Dagmars Tugend und Schönheit  
das Städtchen immer stärker bewegte, kam dem Besitzer des  
Lokals ein genialer geschäftlicher Gedanke. Wenn er Dagmar  
gewinnen könnte, hätte er dann nicht einen Magneten, dem  
etwas anderes überlassen nicht an die Ecke gesetzt werden  
konnte? Natürlich würde sie eine Stellung als gewöhnliche  
Schwägerin nicht annehmen wollen; aber gewöhnliche Schwä-  
gerinnen hatte er mehr als genug. Es mußte etwas Apathes  
sein und so würde sich eine aparte Stellung schon finden las-  
sen. Ohne Zweifel war sie in Ziel verdammt, der Gedanke  
aber, sie ebenfalls zu vermehren, hatte für ihn durchaus keine  
absperrende Kraft. Doch man einen so raren Vogel nicht wie  
die anderen Tumblerer behandeln durfte, war ohne weiteres  
selbstverständlich. In Bezug auf den Lohn aber hatte er nun  
gar keine Sorge. Was sie immer verlangen konnte, war für ei-  
nigentlich in reichen Maße wert. Eine Stellung würde sie in  
der Natur der Sache ja schließlich doch annehmen müssen und an So-  
zialität und Bekanntheit konnte sie mit keinem Unternehmen  
überhaupt kein anderes messen. Also warum sollte man den  
Lohn nicht wegen? Wenn ihr die Sache nicht gut genug war,  
sagte sie eben nein. Dann war zwar nichts gewonnen, eben-  
so wenig etwas verloren. Es mußte unter allen Umständen ge-  
wonnen werden, und zwar sofort, wenn für den Ruf des Gemes

mers noch etwas dabel herausbringen sollte. Und damit setzte  
er sich gleich an den Schreibtisch.

Zwei Tage, nachdem sich Dagmar über Azels köstlichen  
Grub gefreut hatte, erhielt sie den Brief von „Balbeslup“. Sie  
ahnte sofort, um was es sich wohl handeln könnte, steckte ihr  
Kießer Jergnis ein und ging am Nachmittag hinaus. Der Wirt  
sprang erfreut von seinem Stuhle in die Höhe und kam ihr mit  
großer Lebenswürdigkeit entgegen. In kurzen Worten nannte  
er ihr den Plan und fragte, was sie dazu meinte. Dagmar  
zögerte ein wenig.

„Ja, seien Sie“, meinte sie dann, „es ist für mich ja nicht  
so leicht, von Ael Lössungommen. Der Besizer dort unten schreibt  
mir in jeder Woche zwei oder drei Briefe.“

Das begriff der Wirt als Geschäftsmann ausgezeichnet.  
„Und das Schlimmste ist ja, daß ich diesen Leuten zu  
Dank verpflichtet bin. Sie haben mich wie ein Kind im Hause  
behandelt, und als Kind im Hause kann man doch nicht so  
ohne weiteres wegbleiben.“

Der Wirt fand diese Redung zwar schön, aber überflüssig.  
„Mein liebes Fräulein“, begann er mit wohl überlegtem  
Grün, „ein jeder ist sich selbst der Nächste. Warum hat der  
Herr Ihnen das alles zukommen lassen? Weil Sie geschäftlich  
so viel wert waren. Wenn Sie in Ihrer Vaterstadt hieher  
wollen, brauchen Sie auf den Kießer nicht die allgeringste Rücksicht  
zu nehmen.“

Dagmar erkannte den Standpunkt als berechtigt an, aber  
so ganz konnte sie sich von ihrer Dankbarkeit doch nicht befreien.  
Der Wirt begann eilig zu werden.

Aber ich bitte Sie, lieber, bereitetes Fräulein! Daß Sie  
an den Leuten hängen, ist ja gar nicht genug zu sagen, aber  
damit kommt man nicht durch die Welt. Dort unten kennt Sie  
niemand. Wenn Sie hier etwas erreichen, kann haben Sie auch  
Ihre Freunde daran. Und wenn Sie es dort unten gut gehabt  
haben, so sollen Sie es bei mir nicht anders haben. Was ist  
benn hier zu tun? Die Hauptfrage ist der Sonntag. In der  
Woche wird sich freie Zeit genug finden lassen. Nur wenn  
Freizeitgesellschaften da sind, müssen wir natürlich beide dabel  
sein.“

„Selbstverständlich“, sagte Dagmar, „und um was für eine  
Stellung handelt es sich nun?“

Der Wirt hätte am liebsten geschwiegen: Kennen Sie die  
Stellung, wie Sie wollen, wenn ich Sie nur hier in meinen  
Zimmer habe — aber so offenkundig getraute er sich natürlich  
nicht zu sein.

(Fortsetzung folgt.)

Amerika nach sozialistischen Lehrern zu denken. Hat der Parteivorstand unter Leitung des Frauensekretariats einen Lehrnachweis eingerichtet.

Abgelehntes Marineprogramm. Das neue Marineprogramm, das die amerikanische Regierung dem Senat vorgelegt hat, wurde gestern in der Kommission abgelehnt.

### Schlesien, Posen und Nachbargebiete. Nationalliberal-freikonservative Verbrüderung in Schlesien.

Im niederschlesischen Industriegebiet sind — dem konservativen „Neuen Tageblatt“ in Waldenburg zufolge — zurzeit Verhandlungen im Gange, die auf eine Verbrüderung der Landtagsmandate abzielen. Danach wollen die freikonservativen nicht mehr bisher alle drei Mandate im Kreise Waldenburg-Reichenbach für sich behalten, sondern eines davon den Nationalliberalen abtreten. Gleichzeitig soll diese Abmachung auch Geltung für die Reichstagswahlen haben. Man verzichtet bei zukünftigen Reichstagswahlen die Nationalliberalen auf eine Kandidatur und stimmen gleich im Anfang für den freikonservativen. Es ist zu erwarten, daß das Kompromiß zustande kommt.

**Striegau, 28. Februar.** Brand in der Wärsenfabrik. Am Donnerstag morgen, kurz vor 8 Uhr, entstand im Lagergebäude der Striegauer Wärsenfabrik aus bisher unauflösbare Ursache Feuer, das in den dort aufgestellten Wurzeln und Fibern sehr reichliche Nahrung fand. Durch die Signale der Fabrikdampfsirenen wurde sofort die Fabrikfeuerwehr alarmiert und zugleich durch Puffsensoren die Freiwillige Feuerwehr von Striegau zur Hilfe herbeigerufen. Die Fabrikfeuerwehr trat sofort in Tätigkeit und griff das Feuer mit zwei Schlauchbüchsen an. Nach Eintreffen der Striegauer Freiwilligen Feuerwehr wurde das Feuer von zwei Seiten von drei Hydranten aus durch zwei Schlauchgänge zu dämpfen versucht. Infolge des in den letzten brennbaren Lagerwänden mit rasender Schnelligkeit sich ausbreitenden Feuers mußten jedoch die Wehren sich schließlich darauf beschränken, die Nachbargebäude zu schützen und den Brand zu lokalisieren. Erst um 12 Uhr mittags war alle Gefahr beseitigt und die Wehren konnten abrücken. Das Gebäude mit sämtlichen in ihm lagernden Vorräten ist vernichtet worden. Der Schaden wird auf über 60.000 Mark geschätzt, ist aber durch Versicherung gedeckt. Als ein Glück muß es bezeichnet werden, daß eine günstige Windrichtung herrschte, und der Brand nicht zur Nachtzeit ausbrach. Sonst wäre der Schaden ein ungeheurer gewesen. Der Betrieb erleidet keine Unterbrechung, da die vernichteten Vorräte schnell wieder ersetzt werden können. Nicht ausgeschlossen ist, daß Selbstentzündung die Ursache des Brandes war.

**Schweidnitz, 28. Februar.** Eine lebhafte Jagd auf einen Einbrecher entwickelte sich Dienstag in verschiedenen Ortschaften des Landkreises, da auf einer hiesigen Polizeiwache bei der Entlassung von Ovdachlosen versehentlich ein Einbrecher mit entlassen wurde, den kurz zuvor erst die Kriminalpolizei eingekerkert hatte. Der ungeahnt zur Freiheit Gekommene entlockte sich begeistertes schleunigst aus der Stadt und es wurden, als der Irrtum erkannt wurde, sofort Polizeipatrouillen ausgesandt. Dabei wurde leider in Hühnersdorf von einem Besitz ein über ein Feld eilender wertvoller Polzeihund niedergeschossen. Der flüchtige Einbrecher wurde in Würden von einem Kriminalbeamten im Automobil überholt und in dem Moment überreicht, als er in einem Laden betete. Er wurde erneut verhaftet und im Automobil in das Gefängnis zurückgebracht.

**Nieder-Salzbrunn, 28. Februar.** Ein mächtiger Brand wütete in der Nacht zum Mittwoch in Adelsbach beim Gutsbesitzer Heinrich. Das Feuer war in den Abendstunden im Wohnhaus ausgebrochen und verbreitete sich bei dem herrschenden starken Winde mit größter Schnelligkeit, so daß in kurzer Zeit das ganze Gut mit Wohnhaus, Scheuer und Stallungen über und über in Flammen stand. Das Unheil brannte völlig nieder und bei der schnellen Ausbreitung des Feuers war es auch nicht mehr möglich, alles Vieh aus den Ställen zu retten. Es sollen vier Kühe, drei Schweine und vieles Geflügel in den Flammen umgekommen sein. Es ist anzunehmen, daß das Feuer durch einen Schaden im Schornstein entstanden.

**Sirchberg, 28. Februar.** Belohnung Lebensretter. Dem früheren Mönche Georg Liebig in Pirschdorf wurde die Rettungsmedaille verliehen. V. zettete im vergangenen Sommer mit eigener Lebensgefahr ein Kind vom Tode des Ertrinkens. Auch schon früher hat er sich durch Hülfsleistung bei deraartigen Unfällen hervorgetan.

**Waldenburg, 28. Februar.** Ein lebensgefährliches Spielzeug für Kinder. An einer Wohne erkrankt ist in der Neustadt der dreijährige Knabe Herbert Werner. Das Kind hatte beim Spielen eine Bohne in den Mund gesteckt, die in die Luftröhre geriet. Man schickte darauf zunächst zu einem Arzt, der aber nicht helfen konnte und die Ueberführung des Kleinen ins Krankenhaus anordnete. Auf dem Wege dorthin ist aber das Kind erstickt.

**Schreibitzsch, 28. Februar.** Unglücksfälle auf den Polzbahnen. Beim Feuerholzfahren geriet am Sonntag der Steinklacker Krause, am Werksbopps unter den beladenen Schlitten und trug schwere Verletzungen an Brust und Rücken davon. — Der am Oberweg wohnhafte frühere Hausbesitzer Simon fuhr am Mittwoch ebenfalls Feuerholz ab, kam bei verzeiter Bahn unterhalb des Bachsteins unter den beladenen Schlitten und wurde augenblicklich zu Tode gequält. Der Verunglückte ist Familienvater. Unglücksfälle leichter Art sind bei den jeglichen Schneverhältnissen fast täglich zu verzeichnen.

**Görlitz, 28. Februar.** Auch eine Richterbeleidigung. Die hiesige Strafkammer verurteilte den verantwortlichen Redakteur unseres Parteiblattes, Genossen Oswald wegen Beleidigung der Richter in Göttingen zu 100 Mk. Geldstrafe. Es handelte sich um die Wiedergabe der Kritik eines in Göttingen gefallenen Urteils. Ein Arbeiter war dort bestraft worden, weil er sich eigenmächtig bei dem Richter im Rückganglager einem Wirt den Posten angedroht haben soll.

**Kandeshut, 28. Februar.** Proletariats Ende. Seinem Entbehrungsdatein ein kurzes Ziel setzte ein in Wogelsdorf wohnender, in einer hiesigen Spinnerei beschäftigtiger Textilarbeiter, indem er am Ende des vergangenen Woche Selbstmord durch Erhängen beging. Er hinterließ eine Frau und vier unmündige Kinder in der größten Not. Wie uns die Witwe mitteilte, äußerte sich der Verstorbene zwei Tage vor seinem Tode seinen Familienangehörigen gegenüber, daß er vor seinem Aufbruch in der Arbeit sehr geschuldert worden sei. Not und Existenzsorgen haben dann das Übrige getan, um den Unglücklichen zu dieser Verzweiflungstat zu treiben.

**Wiesengrün, 28. Februar.** Gefahren des Arbeit. Der Kupferhändler Karl Wachter glitt am Dienstag in der

Villaschen Fabrik von einem Laufbrett ab und zog sich einen Oberschenkelbruch zu.

**Ungeheure Beamter.** Ein hiesiger Steuererheber ist wegen Unregelmäßigkeiten im Amte entlassen worden.  
**Wrieg, 28. Februar.** Eine Nusschen erregende Hausdurchsuchung bei dem königlichen Jademeyer Mendlich fand am Montag vormittag in der Wohnung und in dessen Schrebergarten statt. Ueber die Ursache des polizeilichen Besuches konnten wir vorläufig trotz eifriger Nachforschung nichts erfahren. Auch bei dem verzerrten Sohn des Mendlich, der bei Müller und Sohn beschäftigt ist, wurde gehäusucht. Mendlich ist ein königlicher Mann, der als Mieter einem Genossen bei der Flugblattverbreitung zur letzten Stadiverordnetenwahl das Haus verbot und denselben mit „rotes Wesendel“ beschimpfte.

**Bries, 28. Februar.** Aus dem Stadiparlement. In der am Mittwoch stattgefundenen Sitzung geachtete zunächst der stellvertretende Vorsitzende Herr Dr. Warlich in warmen Worten des verstorbenen Vorsitzenden Herrn Rentner Gerschberg. Die Versammlung ehrte das Andenken in üblicher Weise. Die Wahl des 1. Vorsitzenden wurde noch vertagt. Dem Volksbildungsverein wurde eine jährliche Beihilfe von 100 Mk. bewilligt. Der Verpachtung der Migenauer Domänenländer wurde zugestimmt. Desgleichen dem Verkauf von 385 Quadratmeter Auenland an den Gutsbesitzer Goy in Bogarell, Gede Kriegl und Sirehloerstraße liegt ein der Stadt gehöriger Bauplatz, den Herr Felowel Haffar zu kaufen beabsichtigt mit der Bedingung, daß er die drei Meter Abstand von den angrenzenden Häusern nicht innehalten braucht. Die Versammlung stimmte zu. Gegen die Witwe Bleier, eine Anliegerin am „Räubergäßchen“ sollte das Enteignungsverfahren eingeleitet werden. Die Drohung hat bewirkt, daß sich Frau Bleier denn doch noch auf gütliche Verhandlungen einließ. 1456 Quadratmeter Straßenland werden zum Preis von 3 Mk. pro Quadratmeter angekauft. Außerdem werden die Wirtschaftsgenossen, die abverprochen werden müssen, weil sie in der Straßenfluchtlinie liegen, an anderer Stelle wieder aufgebaut und Frau Bleier erhält ferner noch 800 Mk. Entschädigung. Die Logastrasse erhält auf der Kirchhofseite Basaltmoosplaster und auf beiden Seiten Kiesstreifen, neben denen Rasenflächen angelegt werden sollen. Der Fahrweg wird ausgebeißert, die Chausseesteine entfernt und die überständigen Räume durch Neupflanzungen ersetzt. Von einer Mastierung der sogenannten Sommerbahn wird der hohen Kosten wegen abgesehen. Zum Bau der Koch- und Handlungsschule werden aus der „Müllischen Stiftung“ 34.000 Mark bewilligt. Darauf wurde über die vom Magistrat vorgeschlagene Stillhalteverfahren. Gen. Farchmin verteidigt den Standpunkt, daß diese Steuer indirekt wirke, die Waren verteuere und daher abzulehnen sei. Die Versammlung aber war anderer Meinung und beschloß deren Einführung. Nach den angestellten Berechnungen soll die Steuer 5-10 Mk. einbringen. Ob sie es bringen wird, ist abzuwarten. An der evan. eifigen Volksschule macht sich die Einrichtung einer neuen Klasse notwendig, da die Schülerzahl eine so hohe ist, daß von einem geregelten Unterricht nicht mehr gesprochen werden kann. Die Versammlung bewilligte die Mittel zur Anschaffung des Inventars und genehmigte die Anstellung eines Lehrers und einer Lehrerin. Es sagte hierzu die Stellvertreterin von fünf Haushaltungsplänen. Die Schulen benötigen einen Zuschuß von 88 70 Mark. Den Schuldvertern werden Zinsen von 20, 30, 80 und 120 Mark bewilligt. Genosse Farchmin in Bezug auf einige Wünsche wegen der Lehrmittel an Kinder unvermögender Eltern vor, ersuchte um Anstellung eines Schularztes und stellte schließlich den Antrag, daß der Magistrat durch die Behörde eine Umfrage in den Schulen halten läßt um festzustellen, wieviel Kinder ohne warmes Frühstück zur Schule kommen. Diesen Kindern soll auf Kosten der Stadt ein Frühstück verabreicht werden. Der erste Teil des Antrages fand Annahme, während der zweite Teil nicht genügend Unterstützung fand. Öffentlich bleiben die Stadtoberordneten nicht auf halbem Wege stehen. Beim Etat der Gasanstalt die wiederum einen Ueberschuß von 80 000 Mark bringt, forderte Genosse Farchmin die Erhöhung der Löhne der Arbeiter, da nach Stundenlöhne von 24 Pfennig gefordert werden. Der Oberbürgermeister Riba wes darauf hin, daß im Vorjahre 2000 Mark für Erhöhung der Arbeiterlöhne eingeleistet wurden. (Hört, hört, Herr Fabrikbesitzer Moil.) Wrieg bezahlte dieselben Löhne wie andere Gasanstalten. Ob aber die Arbeiter mit dem Lohn ein halbwegs menschenwürdiges Leben haben, danach fragt man nicht wenn nur recht hohe Ueberschüsse herauswirtschaftet werden. Der Etat des Wasserwerks weist einen Ueberschuß von 19 000 Mark, der des Elektrizitätswerkes einen solchen von 11 000 Mark auf, der aber dem Referendats zugewiesen wird. Beim Etat des Krankenhauses kam zur Sprache, daß der Einrichtung eines Verbandszimmers bei den unzulänglichen Baulichkeiten Schwereiten erwachsen. Das Extrordinatium wurde zurückgestellt. Das das Krankenhaus den neueren hygienischen Anforderungen nicht mehr entspricht, steht fest, und deshalb wird es das Beste sein, die Stadt baut ein neues Krankenhaus, in dem alle Fortschritte der Hygiene angebracht werden können. — In zwei Waldarbeiter wurden noch Unterstellungen von 15 und 50 Mark bewilligt, worauf die Sitzung ihr Ende erreichte.

**Biegenhals, 28. Februar.** Die Stadträte nahmen in ihrer letzten Sitzung Kenntnis von einem Dankschreiben und ehrten das Andenken des früheren Stadtoberordneten Schaubert in der üblichen Weise. Die Anruhr des Brennholzes wurde dem Fuhrverbesitzer Rother zum Preise von 1.50 Mark pro Kubikmeter übertragen. In geheime Sitzung wurde der Regulierung der Gehälter der städtischen Beamten zugestimmt. Der Bürgermeister erhielt eine Zulage von 1000 Mark jährlich, den übrigen Beamten wurde das Gehalt durchweg um 10 Prozent erhöht. Außerdem erhalten die Polizisten noch jährlich 20 Mark mehr Wohnungsgeldzuschuß. Das pensionsfähige Gehalt des Bürgermeisters, der beim Tischlertrat im Jahre 1910 zum Ausdruck brachte, daß er gegen die Streikenden ganz energisch vorgehen will, beträgt jetzt 7000 Mark, wozu noch 750 Mark für Niederlegung der Amtsverwaltschaftskosten kommen.

**Bunzlau, 27. Februar.** Konsumverein für Bunzlau und Umgegend. Am letzten Sonntag hat der hiesige Konsumverein eine ordentliche Generalversammlung abgehalten. Dieselbe war außerordentlich gut besucht. Auf der Tagesordnung standen der halbjährliche Geschäftsbericht und verschiedene Denkschriften. Der Bericht gab dem Kassier Genosse Siegling. Aus dem Bericht ist zu entnehmen: Das Geschäftsjahr stand im Zeichen der Krise. Infolge der Wirtschaftskrisen hatten auch die Großkaufgeschäfte und die Konsumvereine zu leiden. Wie bei den Einzelhändlern, so hatte sich auch hier die Furcht vor dem Kräfte bemerkbar gemacht, jedoch Sparmaßnahmen in geringerer Maße gemacht worden sind. Trotz der Krise ist der Umsatz im Verhältnis zum Zeitraum des Vorjahres um 11,288,42 Mark gestiegen. Der Gesamtumsatz für das vergangene Halbjahr betrug 100,506,95 Mark. Davon entfallen auf das Lager 8 in Raumburg 17,224,18 Mark, auf das Lager 2 Bunzlau 30,217,91 Mark, und auf das Lager 1 Bunzlau 53,164,18 Mark. Der Mitgliederbestand hat sich im letzten Halbjahr um 117 vermehrt, davon fallen 89 auf die Filiale Raumburg. — Für die „Vorkaufsscheine“ sind 1000 Mark eingeleistet worden, außerdem hat der Kassenrat noch 200 Mark zu demselben Zweck zur Verfügung gestellt, weil dem Kassier auffällig ein entprender Referendats von 20 Prozent verlangt wurde. — Obwohl große Ausgaben erforderlich waren, unter anderen Baumlösungen im Hof, ist das Kassenverhältnis als gut zu bezeichnen, so daß schon heute für die im kommenden Herbst zur Auszahlung gelangende Dividende 11,568,79 Mark zur Verfügung stehen. Der Berichterstatter teilte auch mit, daß der Lagerhalter Genosse Kunz keine Stellung abzugeben hat. Die Gründe zur Kündigung wollen wieder dem Vorstand und dem Kassier bekannt sein. — In der darauffolgenden Debatte entschied sich ein einstimmiges Bild. Die Vorlesung

bedauerlich, daß der Lagerhalter seine Stellung verläßt, und spricht ihm alleseitig die größte Zustimmung aus. Die Generalversammlung schloß eine Kommission von zehn Mitgliedern ein, um die persönlichen Vorkommnisse zu untersuchen und für die Zukunft umständlich zu machen. In Werkstätten wurden die Waren benähtigt; vom Vorstand wurde Abhilfe versprochen.

### Außerordentliche Generalversammlung der Maler.

Berlin, 26. Februar.

Die Generalversammlung trat heute vormittag im Gewerkschaftshaus zusammen. Sie ist von 99 Delegierten, 7 Vorkleidern, 6 Vorstandsmitgliedern, dem Redakteur des Verbandsorgans und dem Ausschussvorsitzenden Lenzel besucht. Die Generalkommission und dem Deutschen Bauarbeiterverband vertritt Silbermann. Berlin. Verbandsvorsitzender Zoller eröffnete den Verhandlungstag mit dem Hinweis, daß die Einberufung der außerordentlichen Generalversammlung auf Beschluß des fünfundzwanzigen Ausschusses erfolgte.

Das Bureau wird gebildet von Jakobett, Berlin und Zoller, Hamburg als Vorsitzende, v. d. Berg, Straßburg, Geitz, Hamburg und Fetschmann, Bielefeld als Schriftführer.

Die Verhandlungen sind nicht öffentlich. Nach Erledigung der üblichen Formalitäten erklärte die Mandatsprüfungskommission Bericht. Sämtliche Mandate wurden für gültig erklärt.

### Bericht über den Verlauf der Tarifbewegung

gab hierauf das Vorstandsmittel Geitz, Hamburg. Er betonte einleitend, die Tarifbewegungen würden immer mehr zentralisiert und nähmen daher einen immer breiteren Umfang an. In der diesjährigen Tarifbewegung seien fast alle Gewerkschaften mit rund 64.000 Kollegen beteiligt. Die Tarifverhandlungen hätten nach früheren Abmachungen bereits im August vorigen Jahres beginnen sollen, sie wurden lange hinausgezogen und begannen erst im Januar. Auf ihrer Tagung in Danzig erklärten die Arbeitgeber, diesmal zunächst prinzipielle Fragen zur Ausarbeitung zu bringen. Sie wollten die Verpflichtung unserer Organisation bei Tarifverträgen verlangen; weiter sollten die längeren Kollegen geschädigt werden, auch das zweite Schiffsjahr sollte der freien Vereinbarung überlassen bleiben. Die paritätischen Arbeitsnachweise waren den Arbeitgebern ebenfalls ein Dorn im Auge. Eine Arbeitszeitverkürzung und eine Lohn-erhöhung sollte natürlich unter allen Umständen weitergeführt werden. Der Redner erörterte dann die Vorarbeiten für die Verhandlungen und schloß hierauf ausführlich den Verlauf derselben. (Wir haben in unserem Vortragsbericht bereits eine eingehende Darstellung der Verhandlungen und ihrer Resultate gegeben.) In den zentralen Verhandlungen bis zum 20. Januar wurde das Tarifvertragschema fertiggestellt, dessen Änderungen Streine angehend erörterte. Bei den Bestimmungen über Löhne und Leistungen wurde die Forderung der Unternehmern, daß im ersten und zweiten Jahre nach dem Betrieb der Festlegung des Lohnes ohne Rücksicht auf das Alter der freien Vereinbarung zwischen Meister und Gehilfen unzulässig abgelehnt. Es heißt bis heute, nur das erste Gehilsenjahr der freien Vereinbarung überlassen, und auch das nur — dies ist neu — soweit diese Gehilsen das 20. Lebensjahr noch nicht zurückgelegt haben. Wichtig ist die Änderung der Bestimmung über die Gegenleistung der Gehilsen. Die Angemessenheit der Gegenleistung wird nicht mehr nach Normen, sondern nach einer vom zuständigen Ortsrat aufgestellten Norm bestimmt, und zwar unter Zugrundelegung normaler Verhältnisse für einfache Maler- und Antreiberarbeiten an Neubauten und größeren Privatarbeiten. Wird bei einer Arbeit die angemessene Gegenleistung durch Verschulden des Gehilsen nicht erreicht, so ist der Meister zu einer entsprechenden Lohn-erhöhung berechtigt. Umgekehrt ist der Lohn bei Mehrleistung angemessen zu erhöhen. — Die Lohnzusätze bei Nacharbeit wurden neu geregelt. Festgesetzt wurde auch, daß bei Arbeiten, die mit wesentlichen Arbeitserleichterungen verbunden sind, ein Zuschlag von 5 Prozent für die Stunde zu zahlen ist. Die Bestimmungen über die Affordarbeit wurden verbessert. Den Gehilsen muß künftig der Affordbeitrag schriftlich ausgedrückt werden. Die festgesetzte Arbeitszeit soll sich auch auf Affordarbeit beziehen. Von Bedeutung sind ferner die Bestimmungen über die Tarifübertrugung. Es wurde bestimmt, daß in Zukunft die Ortsratstämmer nicht nur bei Streitigkeiten zwischen einzelnen Unternehmern und Arbeitern, sondern auch bei Streitigkeiten zwischen örtlichen Organisationen entscheiden. Das Haupttarifamt ist nicht mehr wie bisher Berufungsinstitut, sondern entscheidet nur in grundsätzlichen, das ganze Vertragsgebiet berührenden Angelegenheiten. Diese Neuordnung der Tarifübertragung entspricht dem Sinne nach den Forderungen unseres Verbandes und wird manche Verwickelungen von gewisser Seite wesentlich erleichtern. Neu wurde hierzu noch bestimmt, daß die Instanzen ihre Entscheidungen die Entscheidungen des Haupttarifamtes zur Begründung zu legen haben. Wichtig ist der paritätischen Arbeitsnachweise wurde festgesetzt, daß diese „unkünftig“ zu errichten sind. Bisher hieß es, sind anzufragen; die Einführung „unkünftig“ bezeichnete Streins als einen Wehrmutskraut.

Der Redner erörterte nun die Schiedsgerichte der Gewerkschaften, die wir bereits im Vortragsbericht erwähnt haben. Diese seien allzu verschieden ausgefallen, ganz wesentliche Abweichungen wären vorhanden. Dann ging Streine auf die Schiedsberichte der drei Unparteilichen ein, die in wesentlichen Punkten mitgeteilt sind. Die Schiedsprücher erklärten sich auf 320 Lohngebiete mit 64.409 beschäftigten Kollegen. Die Arbeitszeit wurde für 90 Gebiete mit 10.629 Kollegen um eine halbe Stunde täglich verkürzt. Für diese halbstündige Arbeitszeitverkürzung wurde ein Lohnausgleich um 2 Pf. pro Stunde vorgenommen. Die durchschnittliche Lohnvermehrung betrug für die Vertragsperiode 4,9 Pf. pro Stunde, als fast 5 Pf. Bringt man den Lohnausgleich für die Arbeitszeitverkürzung ab, sind es 4 1/4 Pf. Diese Erhöhung soll sich aber nicht nur auf die Tariflöhne, sondern auf alle Löhne beziehen, die Lohnvermehrung muß eine allgemeine sein. Streine untersuchte dann die Lohn- und Schattenselbst der Schiedsprücher.

An das Referat schloß sich eine ausführliche Debatte an, in der die Schiedsprücher zum Teil sehr hart angegriffen wurden.

Belegzahlen der Wärsen- und Holzwaren-Kommissionen

Warenart	27. Februar	28. Februar	29. Februar
Wärsen	18	15	17
Wärsen	18	15	17
Wärsen	18	15	17
Wärsen	18	15	17
Wärsen	18	15	17
Wärsen	18	15	17
Wärsen	18	15	17
Wärsen	18	15	17
Wärsen	18	15	17
Wärsen	18	15	17

Ergebnisse der Tagung am 26. Februar.

Art	Zahl
Wärsen	18
Wärsen	15
Wärsen	17
Wärsen	18
Wärsen	15
Wärsen	17
Wärsen	18
Wärsen	15
Wärsen	17
Wärsen	18

**Gutschein März 1913**

Verliert Ende März die Gültigkeit.  
Nur von Abonnenten benutzbar.

Gegen Einsendung dieses Gutscheines hat der Abonnent im Kleinen Anzeiger **5 Worte umsonst.**  
Im Kleinen Anzeiger kosten je drei Worte 10 Pfennige.  
Zahlen gelten als Worte.  
Schriftart bestimmt der Verlag.  
Worte mit mehr als 12 Buchstaben zählen doppelt.

Das Inserat enthält..... Worte

ab 5 Worte umsonst

es sind somit ..... zu bezahlen.

Dieser Betrag folgt.....

Inserate des „Kleinen Anzeigers“ sind sofort zu bezahlen.

Expedition der „Volkswacht“  
BRESLAU, Neue Graupenstr. 7.

Ausschneiden und für den Bedarf fall aufbewahren.

Ausschneiden und für den Bedarf fall aufbewahren.

Reuschestr. 52. Reuschestr. 52.

# Zur Konfirmation

komplette Anzüge von **6 bis 25** Mk.

Reusche-str. 52.

## EDUARD FREUND

Reusche-str. 52.

Ziehung 5. März.  
**Brandenburg. Lose**

1 Mk., 11 Lose 10 Mk.  
Porto und Liste 25 Pf. extra.  
Hauptgewinn 100,000

**10,000**

**5,000**

**3,000**

Ziehung 7. u. 8. März.  
**Rote + Lose**

(für Volkshelstätten)  
à 3,30 Mk. Por. o und Liste 30 Pf.  
Hauptgewinn 50,000

**50,000**

**20,000**

**10,000**

**Adolf Nelken**

Breslau, Gartensstr. 28,  
Ecke Böschenstr. (10294)  
geradeüber der Markthalle.  
Telegr.-Adresse: „Glücknelken“.

Frische Hanfingeln billiger

Dirialkeim 50 Wg. 11052  
Dafen, Rafan, Rechten Rehlätter,  
Gähner, Junge Tanden empfiehlt  
Hein, Victoriastraße 112.



**Central-Schreibbüro**

Breslau I. Tel. 10979.  
Ohlaustr. 75, i. 3202  
Schreibmaschinen-Arbeiten  
Farbhand-Vervielfältigungen  
Adressenverlag  
Zeugnis - Abschriften

Zur jetzigen Saison empfehle ich mein eigenes Lager von

**Schuhwaren**  
in Herren-, Damen- u. Kinderschuhen  
zu staunend billigen Preisen.

**Martha Christmann**, Geschäftsführerin  
Auguste Koch,  
86 Scheitnigerstraße 86  
Bitte g u u an Firma zu richten.

Zur Konfirmation!

**Uhren, Ketten, Ringe,**

Broschen, Ohrringe etc.  
mit guter Fabrikat zu billigen Preisen.

**Max Frenzel, 39** Friedrich-Wilhelmstr. 39

Wir empfehlen:  
**Die Französische Revolution** in Wort u. Bild.  
Interessanter Text - 250 meist ganzseitige Abbildungen  
nur 3.00 Mark.  
Zu beziehen durch die Expedition und die Kolporteurs.

Zur Konfirmation

kauft man die elegantesten und haltbarsten **Schuhwaren** in bester größter Auswahl zu sehr soliden Preisen bei

**Robert Kretschmer**, Schuhmachermeister, 9773

Friedrich-Wilhelmstraße 52, gegenüber der Friedrich-Kirche.

## Konfirmanten - Anzüge

in grosser Auswahl

1- und 2-reihig in blau, schwarz und marango zu den sehr billigen Preisen von

10.-, 12.-, 14.-, 15.-, 18.-, 20.-, 24.- bis 30.- empfiehlt 10826

**N. Steinitz jr.**, Spezialhaus für Herren- u. Knaben-Konfektion

Breslau I, Albrechtsstr. 57.

**Achtung Hausfrauen!** 6648

empfehle großes Lager von Tisch-, Bett- und Leibwäsche, Wollwaren, Tricotagen, Handtücher, Strawatten, Strümpfen, Socken, Spitzen u. Bändern. - Eig. Konfektion nach Maß.

**Robert Jahn**, Albrechtsstr. 50, Ecke Leuthenstr.

## Zur Konfirmation

10% Rabatt 10%

Herren-Rem.-Uhren von 3 an

Gehäuses mit Herren-Rem.-Uhren 7 an

Gehäuses mit Dam.-Rem.-Uhren 7 an

Diese Uhren haben doppelten Goldrand.

**Goldene Dam.-Uhren** von 12 an

für Herren- und Damenfesten in größt. Ausw.

Spezial-Reparatur in Ohrringen, Strümpfen, Handtüchern, Socken u. dgl.

Eigene Werkstatt für Reparaturen.

**A. Möwius, Uhrmacher**

Uhren- und Goldwaren-Kaufhaus

gegr. 1886, Leipzigerstr. 51/52, Teleph. 5158.

Spezial-Reparatur Uhren, Schmuck u. dgl.

**Adiana!** Ich mache noch besonders darauf aufmerksam, daß ich mein Geschäft nach wie vor ausschließlich in der Leipzigerstr. 51/52, im Hause des Herrn Möwius, betriebe. Ich habe mich nicht verlegt.

Wasche mit

**Henkel's Bleich-Soda.** 10044.2

**Hut-Hanke**

Inh.: Joh. Tessmer  
Friedrich-Wilhelmstr. 23



Güte, nur gute, reelle Qualitäten, für Herren und Knaben.

**Konfirmanten-Hüte**

moderne Form, in blau und schwarz.

Mein Mann hat einen schwachen Magen Und kann nur bestes Fett vertragen! Seit ich **Palmin** hab' eingeführt, Er keinerlei Beschwerden spürt! Und bei den hohen Butterpreisen Möcht ich noch auf **Palmona** weisen. Die steht bei uns so köstlich frisch Statt Butter nur noch auf dem Tisch!



**H. Schlinck & Co. A.G. Hamburg.**  
Alleinige Produzenten von **Palmona & Palmin**  
Pflanzler-Butter-Margarine - Pflanzenfett.  
100 PUNNY

Von Sonnabend, den 1. März ab für nur einige Tage:

# Ausgabe doppelter Rabattmarken

**Kaufhaus A. Robowski**, Gräbschenerstr. 54.

Zweiggeschäfte: Neuenhollernerstr. 2, Gräbschenerstr. 82a, Westendstr. 51, Leuthenstr. 51.

## Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 28. Februar.

### Stadtverordneten-Versammlung.

Unter dem straffen Vorsitz des Justizrat Dr. Peucker gewann es zuerst den Anschein, als ob in der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten ein kräftiges Pentium der überreichen Tagesordnung erledigt werden sollte. Aber bei seinem Prinzip, die Nummern nach der Reihe aufzurufen, geriet der stellvertretende Vorsteher vom glatten Wege bald in zwei tiefe Sumpfe, den Baudentempus und den Servistassenjumpf und in ihnen wurde die Hoffnung auf einen fröhlichen Weitermarsch bald erstickt. Herr John will die 53 Bauten, die das Rathaus heute noch umfassen, im Automodertempo beseitigen, die 31 Privatbauten schnell anlaufen und die 22 städtischen sofort abrechnen. Gegen diesen Vorschlag wandten sich die Herren Dr. Wöhlauer und Dettinger und auch Genosse Schütz hob hervor, daß wir mit dieser Verzögerung der Sache die ohnehin sehr kostspieligen Bauten — das Exemplar kostet 18.000 bis 65.000 Mark — nur noch verteuern. Auch die stark umkritisierten ästhetischen Gesichtspunkte wurden in der Debatte gestreift, schließlich wurde die ganze Angelegenheit den Ausschüssen II und V zur Beratung überwiesen. Als Genosse Schütz darauf hindeutete, ihm dürfe die Arbeitslosenversicherung dringlicher als die Baudentemperatur, arrangierten die Herren „Konjunktur“ Ehrlich, Hamburger, Michle e tutti quanti ein auffälliges Gelächter. Genosse Schütz diente den Herrschaften damit, daß er meinte, es gehe allerdings auch „Arbeitslose“, die das ganze Jahr nichts tun und sich doch gut versorgt haben. Da wurden die Lacher still.

Ein lebhafter Kampf der Parteien entwickelte sich dann um den liberalen Kautionsantrag, den Breslauer Beamten den Wohnungsgeldzuschuß der Servistassenklasse A zu verschaffen. Herr Kretschmer, seines Zeichens liberaler Postassistent, begründete den Antrag, Herr Weidrich II, ein konservativer Postassistent, wurde ihm auf die Nase gesetzt und verwendete sich sehr ausdauernd, aber wenig verständlich für die Beamtenwünsche. Wir hörten nur, daß er 80 Quadratmeter-Fläche, also eine Vier- oder Fünfzimmerwohnung, das Nebengeläch nicht gerechnet, als unumgänglich nötig für die Beamtenwohnung erklärte. Was mag der Herr für eine Arbeiterwohnung für nötig halten? Die konservative Phalanx der „Beamtenfreunde“ erlitt eine erhebliche Wunde, als Professor Schütz im Einverständnis mit dem Kammerer diese Bemühungen für ganz aussichtslos erklärte. Genosse Lüse transponierte unter kümmerlicher Selbsteinstellung die Jagd auf die Beamtenjungst und nagelte Herrn Gerschel auf einige jesuitische Aussprüche fest. Der Antrag wurde angenommen.

Bei der Novelle zur Lustbarkeitssteuer, die sich nicht auf die Erhöhung der Kantopsteuer beschränkt, versuchten die Genossen noch einmal, die gefährlichsten Zähne auszubrechen, leider vergeblich. Die Mehrheit stimmte der Erhöhung der Steuer zu. Mit den Sozialdemokraten stimmten am Ende nur der Gewervereiner Schütz II und Stadtv. Sternagel-Haase.

Aus der Fülle der vorliegenden Einzelrats entnahm man dann zur Beratung noch die Schulerats, deren Referent in späteren Sitzungen zu erscheinen verbleibt ist. In diesem Etat hat sich die Streiklust der bürgerlichen Stadtverordneten besonders betätigt und die Sozialdemokraten machten nun alle Anstrengungen, sie wieder zu befeitigen. Gegen die Kürzung des Schulhausbaufonds wandten sich Genosse Lüse, für Vermehrung der Schülerbibliothek Genosse Wiener, Wandtschmid und Schülergärten waren schon im Ausschuß mit Erfolge erledigt worden. Als Streikjonglermeister fungierte Herr Dr. Sande, der all die Abstriche in harmloser Weise zu deuten suchte, während sich Oberbürgermeister Matting und Stadtschulrat Dr. Sack in diesem Punkte ganz auf den Standpunkt unserer Genossen stellten. Besonders dramatisch wurde aber die Szene, als sich plötzlich Herr Dr. Michle über die Ausweisung von Turnvereinen aus städtischen Hallen wegen angeblicher politischer Bestrebungen erklärte! Der Verweis hat: namentlich diesmal einen — antisemitischen Turnverein getroffen und auf einmal war es blutige Ungerechtigkeit, was man den Arbeiterturnern gegenüber gefordert und geduldet hatte! Umfomehr als einem jüdischen Turnverein die Hallen weggelassen sind. Mit farcistischem Spott machte sich Stadtv. Landberg diese unerwartete Situation zunutze und wies mit aller Schärfe auf diese Resultate einer liberalen Politik hin. Wie er sich dabei an die Seite des Edel-Artist Michle stellte, der kurz zuvor das Statut des antisemitischen Vereins mit den „Stammungen nichtariarischer Rassen“ verlesen hatte, das bereite dem Hause ein hohes Vergnügen. Während der Rednerjampf um alle diese Streitfragen weitertobte, pläzte ein Schlußantrag nach dem anderen in die Debatte hinein. Für die Beratung des Volksschulwesens wurde es den Herrschaften zu spät und obwohl noch die Stadtv. Weidberg, Gerschel, Mantel und andere in der Liste standen, wurde gewaltsam Schluß gemacht. Genosse Lüse setzte sich mächtig für Herrn Gerschel ein, der drei prinzipielle Forderungen zum Schulwesen auf der Planne hatte. Aber was ärgerten die Parteilgenossen des Herrn Gerschel die Prinzipienfragen des Schulwesens, wenn die Eisbeine kalt werden — sie sagten in aller Gemütsruhe ihren etlenen Sprecher ab und die drei Fragen hinter der Tür blieben unausgesprochen. In der Sache selbst gelang es leider nicht, die Abstriche vom Schulerat abzuwehren, in dem Punkte waren sich die Spielbürger aller Richtungen einig

### Abbruch der Ringbauten.

Der konservative Stadtv.ordnete John und 25 andere Stadtverordnete beantragen, den Magistrat zu ersuchen, ein schnelleres Tempo im Anlauf und Abbruch der Bauten auf dem Ringe herbeizuführen, um diese gefährlichen Verkehrserschwernde bald zu beseitigen.

Stadtv. John (Konf.): Der größte Verkehr geht über den Ring, wo eine Verbreiterung der Straßen nicht möglich ist. Die Bauten, die da auf dem Ringe stehen, sollen nun nach einem Beschlusse der Versammlung allmählich abgebrochen werden. Die letzte Baude wurde aber 1907 abgebrochen und jetzt stehen noch 33 Bauten; 31 davon sind Privatbesitz, 2 gehören der Stadt. Seit Wochen haben sich alle möglichen Kreise über den Abbruch der Bauten geäußert. Man sprach dabei weniger über die Bauten, als über das Rathaus, das durch den Abbruch der Bauten verlieren soll. Ich kann das nicht zugeben. Die Bauten an sich haben mit dem Rathaus nichts zu tun und wären einen schlechten Einbruch. Außerdem verjagen sie von der Schuldecke und Altschule aus das Rathaus, das man gar nicht lassen kann. Ich bin kein Architekt und Kunstverständiger, aber ich spreche meine Ansichten aus. (Gelächter.) Unter Reichum liegt im Handel, im Handwerk und der Industrie. Wir müssen deshalb Luft überall da schaffen, wo dem Verkehr irgendwelche Hindernisse im Wege stehen. Nun wird gesagt, das kostet einen guten Geld. Da muß ich doch sagen, wie können unsere eigenen Bauten abreißen. Je mehr wir wegnehmen, umso mehr sinkt der Wert der übrigen Bauten. (Gelächter.) Ich wünsche in jedem Falle ein schnelleres Tempo im Abbruch, besonders da, wo es der Verkehr verlangt.

Stadtv. Wöhlauer (lib.): Nach meiner Meinung gehören die Bauten zum Stadtbau und sie schneller als bisher abzubauen, halte ich nicht für nötig. Da, wo der Verkehr es unbedingt erfordert, wird der Abbruch auch in Zukunft geordnet. Ich bitte auch, die Vorlage dem Ausschuß VIII zu übergeben.

Stadtv. Dettinger (lib.): Bisher waren wir der Ansicht, die Bauten nicht gewaltsam abzubauen. Sollten wir das, so müßten wir noch viel höhere Preise zahlen. Wir werden finanziell einen schweren Fehler begehen, wollten wir den Magistrat zu einem schnelleren Tempo des Abbruchs auffordern. Ich bitte auch, die Vorlage dem Ausschuß VIII zu übergeben.



### Ihr Frauen und Mädchen

Am Montag zum dritten Frauentage, der Montagabend im „Kronprinzen“, Weidenstraße 50 52, veranstaltet wird. Es handelt sich um eine große Rundgebung für die Rechte der Frau, die heute im öffentlichen Leben so gut wie nichts zu sagen hat.

Rednerin ist Genossin Frau Frida Wulff aus Berlin, die neuwählte Partei-Sekretärin für Schlesien.



Stadtv. Schütz I (Soz.): Ich will die zur Debatte stehende Frage nicht vom künstlerischen oder ästhetischen Standpunkt behandeln, denn über diese Dinge wird nie eine Uebereinstimmung zu erreichen sein. Meine Freunde sind der Ansicht, daß es genügt, wenn der Magistrat wie bisher forscht, Bauten zu erwerben. Als einen Fehler aber würde ich es halten, wenn heute ein grundsätzlicher Beschluß gefaßt würde. Der Herr Kollege Dettinger hat mir Recht darauf hingenommen, daß hierdurch nur eine künstliche Preissteigerung einleiten würde. Solange die Stadt eine Reihe anderer wichtiger Dinge aus Mangel an Mitteln nicht erfüllen kann, sollen wir solche Ausgaben vermeiden. Ich erinnere an die Arbeitslosenversicherung. (Zurufe: Arbeitslose!) Jawohl Arbeitslose; ein beträchtlicher Teil von ihnen, meine Herren, ist Jahr ein Jahr aus arbeitslos, und trotzdem führen Sie ein recht behagliches Leben. (Gelächter.) Meine Freunde ersuchen den Magistrat, die bisher gelübte Praxis weiter zu befolgen.

Stadtv. Hamburger (lib.): Ich verstehe den Antrag John so, daß wir die bereits angekauften Bauten abbrechen sollen, nicht daß in aller Eile die weiteren Bauten angekauft werden. Ich bitte, die Sache nicht dem Staatsauschluß zu übergeben, sondern den Ausschüssen 2 und 5. Wir müssen doch einmal entscheiden, sollen die Bauten bestehen bleiben oder nicht. Eine Baude kostet 5-6000 Mark. (Widerspruch auf allen Seiten.)

Stadtv. Ehrlich (lib.): Ich bin auch der Meinung, daß man dem Antrage John insoweit zustimmt, als man ihn den Ausschüssen 2 und 5 überweist. Was wir vermeiden sollen, das muß dem Magistrat überlassen werden. Jedenfalls erschären die Bauten an der Ostseite das Rathaus nicht; dort müßten sie fallen schon wegen des starken Verkehrs. Nicht bestimmen kann ich Herrn John, daß die Bauten billiger werden, je mehr wir von ihnen ankaufen.

Stadtv. Gerschel (Her.): Nachdem wir seiner Zeit einen Baudentempus geschaffen haben, kann doch kein Zweifel darüber bestehen, daß wir die Bauten allmählich zu beseitigen haben. Die heutigen Bauten vor dem Ringe haben gar keinen Kunstwert. Das wesentliche Bild des Rathauses steht heute so da, wie es nach Wegfall der Bauten dastehen würde. Ich bin auch der Ansicht, daß die Bauten billiger werden, je mehr von ihnen beseitigt werden. Ich bitte, den Antrag nicht abzulehnen, sondern ihn an die Ausschüsse zu überweisen.

Stadtv. John (Konf.) verleiht nochmals seinen Antrag, worauf er den Ausschüssen 2 und 5 überwiesen wird.

### Verzögerung Breslaus in die Wohnungszuschulklasse A.

Stadtv. Kretschmer (Konf.) berichtet über einen Antrag aus der Versammlung, wonach der Magistrat in eine Prüfung darüber einzutreten soll, Breslau in die Wohnungszuschulklasse A zu versetzen. 8000 Beamte haben ein Interesse daran, daß das Wohnungszuschulgeld so bemessen wird, daß sie standesgemäß wohnen können.

Kammerer Matthes: Der Vorredner irrt, wenn er sagt, ein solcher gleichartiger Antrag sei in der Kommission hedingen geblieben. Der Antrag hat keine Aussicht auf Erfolg. Der Wohnungszuschulgesetz richtet sich nach der Höhe der Mietpreise. Der Durchschnitt wird ermittelt, indem die besonders billigen und die besonders komfortablen Wohnungen außer Berechnung bleiben. Die Verzögerung in die Wohnungszuschulklasse A erfolgt, wenn der so ermittelte Durchschnittspreis für eine Wohnung von vier Zimmern die Höhe von 840 Mark erreicht. In Breslau beträgt gegenwärtig der durchschnittliche Preis einer Wohnung mit vier Zimmern gegenwärtig nur 857 Mark, wobei aber die komfortabelsten Wohnungen mit in Rechnung gezogen sind. Nach dem üblichen Modus der Verzögerung kann dagegen auch in diesem Jahre nicht angenommen werden, daß der normale Mietpreis 840 Mark beträgt. Es würde die Verzögerung sogar verzögern, wenn in diesem Jahre bei der Regierung ein solcher Antrag gestellt und abgelehnt wird.

Stadtv. Gerschel (Her.): Wie von der Freien Vereinigung werden für den Antrag stimmen. Wie verfahren dabei unsere alte beamtenfreundliche Politik. (Lachen und Geklapper.) Herr Kretschmer ist hier und Herr John ist im Parlament für die Beamten eingetreten. (Lachen und Zuruf.)

Stadtv. Michle (Konf.): Die Sache ist auf gutem Wege. Der Oberpräsident hat bereits eine Untersuchung über die Wohnungszuschulklasse in Aussicht gestellt.

Stadtv. Gerschel (Konf.): Vor zwei Jahren sind wir in der Kommission nach Prüfung des vorliegenden Materials zu der Uebereinstimmung gekommen, daß nicht A und von Breslau und München gänzlich es auch nicht. Wenn in diesem Jahre der durchschnittliche Preis für eine Wohnung von vier Zimmern auch 857 Mark beträgt, so handelt es sich doch um eine so komfortable Ausstattung, wie sie der Verzögerung kaum zu Grunde gelegt werden wird.

Stadtv. Wolf (lib.): Herr Gerschel hat mit seiner beamtenfreundlichkeit nur ironischen Pöbel gefunden. Es war ein Unrecht, daß Breslau feiner als die Klasse A in die Klasse B zurückversetzt wurde. Die Behörden verlegen ihre Schuld immer mehr nach dem Subdieret, weshalb auch die Mietspreise dieses Viertel für die Beamten zugrunde gelegt werden müssen.

Kammerer Matthes: Das Viertel, in dem die Beamten wohnen, kommt nicht in Betracht, sondern der Durchschnitt, wobei die zu hoch oder zu niedrig bemessenen Mietpreise außer acht bleiben. Ich fürchte, daß wir den Beamten in diesem Jahre mit einem solchen Antrage an die Regierung mehr Schaden als Nutzen.

Stadtv. Weidrich II (Konf.): Die Frage ist durch die beamtenfreundlichen in Fluß gekommen. Die Beamten haben keine Freizügigkeit, sie müssen sich vielmehr nach der Lage der Bureauräume richten. Als Breslau in die Klasse B zurückversetzt wurde, hat man ihnen zwar ihr Einkommen nicht gekürzt, sie haben aber jahrelang keine Gehaltserhöhung bekommen.

Ein Schlußantrag wird abgelehnt, nachdem Stadtv. John (Konf.) für, Lüse gegen den Schluß gesprochen hatte.

Stadtv. Weidberg (Her.): Wir können dem Antrage zustimmen, da er vom Magistrat nur eine Prüfung der Frage verlangt. Wir stehen in Breslau vor der Gefahr einer Wohnungsnot in den nächsten Jahren.

Stadtv. Lüse: Wir sind gewillt, dem Antrage Kretschmer zuzustimmen und befolgen damit die alte beamtenfreundliche Politik (Große Gelächter und Zuruf) gewiß, Herr Gerschel, die wir immer für die unteren und mittleren Klassen Beamten eingeschlagen haben. Trotz der Warnungen des Kammerers werden wir bei dieser Haltung bleiben, weil es sich zunächst um eine neue Untersuchung über die Höhe der Wohnungszuschul in Breslau handelt, denen wir auch Untersuchung über die Wohnungszuschulpreise hinzuzusetzen bitten, damit durch diese Untersuchungen der Irrtum zerstreut wird, daß diese Preise bei uns billiger als im Westen sind.

Stadtv. Kaufmann (Konf.): Ich schreibe mich Herrn Lüse vollkommen an.

Stadtv. Gerschel (Her.): Ich stelle nach den Ausführungen des Herrn Wolf fest, daß die Liste ironisch lautet, wenn die Rechte für die Beamten eintritt. Vor acht Jahren lag der Antrag bereits ein Antrag Kretschmer vor. (Stadtv. Lüse: Auch wegen der Landtagswahl? Gelächter.) Es hat mich gereut, daß Herr Lüse uns als Revisionist näher kommt. Früher waren die Sozialdemokraten nicht so beamtenfreundlich. (Zurufe.) Ich hoffe, daß den Beamten geholfen wird, gleichviel, ob vor oder nach der Landtagswahl.

Stadtv. Lüse (Soz.): Bei der vorigen Abstimmung mußten wir uns der Stimme enthalten, weil mit dem konservativen Antrage damals keinerlei Vorteil für die minderbemittelten Beamten zu erzielen war, das hat Herr Professor Gerschel, der Fraktionsvorsitzende des Herrn Dr. Gerschel, eben harschhaft ausgedrückt! Im übrigen weiß jeder, der die Parlamentarische berichte verfolgt, daß die Sozialdemokratie ebenso wie hier auch im Landtag und Reichstag stets für die Interessen der kleinen Beamten eingetreten ist, so beim Eisenbahn-, Post-, Fern-, Verkehrsamt usw. Wenn Herr Gerschel das nicht weiß, dann können wir die Folgen seiner Unkenntnis nicht übernehmen.

Stadtv. Gerschel (Her.): Wir haben über die beamtenfreundlichkeit der Herren um Gerschel nur geredet, weil sie sonst in allen Parlamenten nicht so sehr die Freunde der Beamten sind. Ich könnte zum Beweise hierfür eine ganze Liste von Beispielen anführen, an der die Herren für lange Zeit genügt hätten.

Der Antrag auf Erhebungen über die Wohnungszuschul wird angenommen.

Stadtv. Gerschel (Her.) (persönlich): Herr Lüse gegenüber muß ich bemerken, daß ich nicht von den Sozialdemokraten in den großen Parlamenten, sondern nur von dieser Versammlung getroffen habe. Seine Bemerkung über meine mangelnden Kenntnisse treffen mich nicht.

### Erhöhung der Kinossteuer.

Der Magistrat und der Staatsauschluß beantragen, die Kinossteuer in einigen Sätzen abzurufen, besonders auch dahin, daß die Kinos scharfer besteuert werden.

Stadtv. Dettinger (lib.) empfiehlt die Ausschlußanträge.

Stadtv. Lüse: Wir können der Erhöhung der Kinossteuer nicht zustimmen, besonders auch, weil die Untererenge von 20 Wg. für die Steuerpflicht hier zum ersten Male durchbrochen wird. Sodann bitte ich, den Kassus abzulehnen, der die Pauschalsteuer auch von kleinen Vereinen erheben will, überall dort, wo die Kinossteuer der Kinossteuer nicht erreicht. Denn das ist eine Härte gegen die Teilnehmer der großen.

Kammerer Matthes: Tatsächlich haben fast alle Städte die Untererenge fallen lassen und dafür dafür, daß die Kinossteuer Pauschale erreicht. Ich bitte deshalb, sich den Vorschlag des Ausschusses anzuschließen.

Stadtv. Jeron (Her.): Wir sind aus der Unterminderung hier noch nicht fluss geworden. Im Staatsauschluß war nur davon die Rede, die Untererenge für die Kinos zu unterbrechen; der Berichterstatter will aber die Untererenge ganz allgemein beseitigen, womit ich nicht einverstanden bin.

Stadtv. Dettinger (lib.) befindet, daß es sich um eine Verklärung der Vorschläge gegen die kleinen Vereine handelt. Die Ausschlußanträge werden darauf gegen 18 Stimmen angenommen.

### Die Volksschule.

Der Staatsauschluß beantragt, den Volksschuletat vorläufig festzusetzen.

Stadtv. Wöhlauer (lib.) als Berichterstatter erwähnt, daß der Volksschuletat einen Zuschuß von mehr als 6% Millionen Mark erfordert, das ist ein Drittel der direkten Steuern. Auf den Kopf des Volksschülers kommen in Breslau 100 Mark, im Osten 80 Mark; mit Frankfurt a. M. und Charlottenburg können wir uns allerdings nicht vergleichen. Der Staatsauschluß beantragt, vom Schulhaushalt 500.000 Mark abzugeben, die bisher stets mit 500.000 Mark eingestellt war, 100.000 Mark zu streichen. Ich bin der Meinung, daß wir mehr als 400.000 Mark nicht brauchen. Die Mehrheit des Ausschusses hat auch beschlossen, in den nächsten Jahren stets nach Bedarf zu bewilligen. Ferner sind 1000 Mark für die Ausbildung von Volksschülern in der Lebensrettung gestrichen worden.

Stadtv. Müller (lib.) berichtet über Bauten in den Volksschulen und mehrere einmalige Ausgaben für das Jahr 1918.

Stadtschulrat Haas erklärt, daß die Absicht niemals vorhanden habe, mehrere Schulheime zusammenzulassen. Dann bitte Redner, den Schulhaushalt wieder mit 500.000 Mark einzustellen, damit genügend neue Schulhäuser und Turnhallen gebaut werden können und wir immer weniger Klassenbauten.

Stadtv. Wolf (lib.): Ich sehe in unseren Volksschulen einen festen Ausweg nach vornwärts, nämlich eine

Der Lehrer von unwilligen politischen Arbeiten für die Schüler. Seit ist es auch häufig so, daß die vom Schularzt angeordnete ärztliche Behandlung nicht durchgeführt werden kann. Der Magistrat sollte Mittel für die Behandlung in der Krankenstation einstellen. Ich denke dabei besonders an Waldschulen für bleibende und straffällige Kinder. Besonders für die Ausschüsse für Schüler in anderen Ländern, nur solche hier zu wünschen, daß die Kostenpflicht geregelt würde. Die Frage der Staatsbürgerliche Erziehung muß auch die Frage der Staatsbürgerliche Erziehung in den Volksschulen prägen, daß darin nicht zurückbleiben. Die Staubplage in den Volksschulen ist auch hier zu untersuchen, wie Abhilfe zu schaffen ist.

Stadtv. Lohse (Soz.): In unseren Volksschulen erhalten 88 Prozent der in Breslau aufwachsenden Kinder das geistige Rüstzeug für den Kampf um das Dasein, sie können sich also denken, wie sehr uns dies Gebiet am Herzen liegt. Wir schließen uns den anerkanntesten Worten des Vorredners über weitere gegenwärtige Schulverwaltung an, ebenso unterstützen wir die von mir bei der Generalberatung schon angebotenen Vorarbeiten auf Schutz der Jugend vor den gefährlichen Krankheiten, deren Anfangsstadien die Schulkinder oft genug feststellen müssen. Deshalb ist aber besonders das Wort ergreifend, das ist die Arbeit für den Schulausbaufonds in der alten Höhe einzusetzen. Wir haben in den letzten zwei Jahren eine Erhöhung der Klassenfrequenz weißt bei weitem noch nicht die von Pädagogen geforderte Zahl von 45, sondern 50, 55 ja oft genug 60 Schüler auf. Wenn sie jetzt das Nachhaken vermindern und verspäteter Klassen verhindern, dann verschlimmern sie diese Zustände. Ich kann mir nicht vorstellen, daß sie die Aufgaben für die Erziehung in den Volksschulen zu bewältigen. Überbündelung der Klassen, die in der Schulausbaukommission gebrochen habe, muß ich das auch hier tun. Ich kann mich nur dem Stadtv. Lohse anschließen. Es wäre eine Verschlechterung des Zustandes, wenn wir weniger als 500.000 Mark einstellten. Sie haben diese Betrag seit 1907 regelmäßig bewilligt und damit eine gewisse Gleichmäßigkeit in den Ausgaben gebracht, einen Ausnahmefall, der unbedingt nötig ist. Ich spreche mein Bedauern darüber aus, daß hier an dem Schulausbaufonds so gekürzt wird.

Stadtv. Ritzsche (Kons.): Ich muß hier einen besonderen Fall zur Sprache bringen. Ein Turnverein ist mit seinem Gesuch um Ueberlassung einer Turnhalle abschlägig beschieden worden, weil er vom Magistrat als politischer Verein angesehen wurde. (Aha! bei den Soz.) Der Turnverein hat den Namen "Turnverein" und hat sich die Verbreitung und Pflege des deutschen Turnens zur Aufgabe gesetzt. Dagegen hat der Magistrat einem jüdischen Turnverein eine Halle überlassen, die sich die Pflege jüdisch-nationaler Gesinnung zur Aufgabe gesetzt hat. Sie werden schon zugeben, daß, wenn man überhaupt von Politik reden will, dann beide Vereine politisch sind, ob der eine nur deutsches oder jüdisches Volkstum pflegen will. (Sehr richtig! bei den Soz.) Der Magistrat mag beiden Vereinen eine Halle geben oder sie beiden vorenthalten, aber die Ungleichheit muß beseitigt werden.

Stadtv. Lohse (Soz.): Ich bin heute in der Lage, als Stimmführer einer nicht arischen Klasse mit dem Edelriecken (Heiterkeit.) Auch wir verstehen nicht, wie der jüdisch-national Turnverein unpolitisch, der deutsch-national mit dem Namen "Turnverein" aber politisch sein soll. Den Arbeiterturnern werden die Hallen sogar verweigert, obwohl sie weder jüdisch, noch arisch sind, sondern einfach das volkstümliche Turnen pflegen. Wir sind dafür, daß der Magistrat sowohl dem deutschen als dem arischen Vereine die Halle gibt, höchstens soll er dafür sorgen, daß die beiden zornigen Löwen nicht in derselben Halle turnen und schließlich auf einander losstürzen. (Heiterkeit.) Wohin die Richter nach der politischen Gestaltung führt, zeigt das maurige Beispiel, daß sozialistische und evangelische Hauptstelle in den Turnhallen erlaubt, die arische Hauptstelle aber verboten ist. Der Magistrat sollte sich noch dem kürzlich über einen Arbeiterangehörigen gefallenen Urteil des hiesigen Oberlandesgerichts richten. Demnach steht der Verein wohl auf sozialdemokratischer Grundlage, aber daraus folgt noch nicht, daß jede feiner Lebensäußerung politisch ist. Dabei kann man das Breslauer Oberlandesgericht doch wirklich nicht als Hort des Liberalismus bezeichnen. Um so bedauerlicher ist es, wenn der Magistrat nicht fragt, was die Turnvereine in den Hallen tun, sondern auf welchem Boden sie stehen. Der Arbeiterturnbund ist weit davon entfernt, sozialdemokratisch zu sein, aber selbst wenn er es wäre, hätte der Magistrat kein Recht, seinen Gesinnung nachzuweisen. Er hätte nur nachzufragen, was der Verein in der Halle treibt, und er würde finden, daß die Hallen bloß zum Turnen und nicht für den Kampf bereit sind. Die Arbeiterturner haben erneut ihre Eingabe um Ueberlassung von Turnhallen an den Magistrat gerichtet. Wir hoffen, daß die empfindliche Ungleichheit beseitigt wird, daß der Magistrat mit den reaktionären Maßnahmen aufhört und die Turnhallen allen öffnet. (Beifall.)

Stadtv. Lohse (Soz.): Ich bin heute in der Lage, als Stimmführer einer nicht arischen Klasse mit dem Edelriecken (Heiterkeit.) Auch wir verstehen nicht, wie der jüdisch-national Turnverein unpolitisch, der deutsch-national mit dem Namen "Turnverein" aber politisch sein soll. Den Arbeiterturnern werden die Hallen sogar verweigert, obwohl sie weder jüdisch, noch arisch sind, sondern einfach das volkstümliche Turnen pflegen. Wir sind dafür, daß der Magistrat sowohl dem deutschen als dem arischen Vereine die Halle gibt, höchstens soll er dafür sorgen, daß die beiden zornigen Löwen nicht in derselben Halle turnen und schließlich auf einander losstürzen. (Heiterkeit.) Wohin die Richter nach der politischen Gestaltung führt, zeigt das maurige Beispiel, daß sozialistische und evangelische Hauptstelle in den Turnhallen erlaubt, die arische Hauptstelle aber verboten ist. Der Magistrat sollte sich noch dem kürzlich über einen Arbeiterangehörigen gefallenen Urteil des hiesigen Oberlandesgerichts richten. Demnach steht der Verein wohl auf sozialdemokratischer Grundlage, aber daraus folgt noch nicht, daß jede feiner Lebensäußerung politisch ist. Dabei kann man das Breslauer Oberlandesgericht doch wirklich nicht als Hort des Liberalismus bezeichnen. Um so bedauerlicher ist es, wenn der Magistrat nicht fragt, was die Turnvereine in den Hallen tun, sondern auf welchem Boden sie stehen. Der Arbeiterturnbund ist weit davon entfernt, sozialdemokratisch zu sein, aber selbst wenn er es wäre, hätte der Magistrat kein Recht, seinen Gesinnung nachzuweisen. Er hätte nur nachzufragen, was der Verein in der Halle treibt, und er würde finden, daß die Hallen bloß zum Turnen und nicht für den Kampf bereit sind. Die Arbeiterturner haben erneut ihre Eingabe um Ueberlassung von Turnhallen an den Magistrat gerichtet. Wir hoffen, daß die empfindliche Ungleichheit beseitigt wird, daß der Magistrat mit den reaktionären Maßnahmen aufhört und die Turnhallen allen öffnet. (Beifall.)

Stadtv. Lohse (Soz.): Ich bin heute in der Lage, als Stimmführer einer nicht arischen Klasse mit dem Edelriecken (Heiterkeit.) Auch wir verstehen nicht, wie der jüdisch-national Turnverein unpolitisch, der deutsch-national mit dem Namen "Turnverein" aber politisch sein soll. Den Arbeiterturnern werden die Hallen sogar verweigert, obwohl sie weder jüdisch, noch arisch sind, sondern einfach das volkstümliche Turnen pflegen. Wir sind dafür, daß der Magistrat sowohl dem deutschen als dem arischen Vereine die Halle gibt, höchstens soll er dafür sorgen, daß die beiden zornigen Löwen nicht in derselben Halle turnen und schließlich auf einander losstürzen. (Heiterkeit.) Wohin die Richter nach der politischen Gestaltung führt, zeigt das maurige Beispiel, daß sozialistische und evangelische Hauptstelle in den Turnhallen erlaubt, die arische Hauptstelle aber verboten ist. Der Magistrat sollte sich noch dem kürzlich über einen Arbeiterangehörigen gefallenen Urteil des hiesigen Oberlandesgerichts richten. Demnach steht der Verein wohl auf sozialdemokratischer Grundlage, aber daraus folgt noch nicht, daß jede feiner Lebensäußerung politisch ist. Dabei kann man das Breslauer Oberlandesgericht doch wirklich nicht als Hort des Liberalismus bezeichnen. Um so bedauerlicher ist es, wenn der Magistrat nicht fragt, was die Turnvereine in den Hallen tun, sondern auf welchem Boden sie stehen. Der Arbeiterturnbund ist weit davon entfernt, sozialdemokratisch zu sein, aber selbst wenn er es wäre, hätte der Magistrat kein Recht, seinen Gesinnung nachzuweisen. Er hätte nur nachzufragen, was der Verein in der Halle treibt, und er würde finden, daß die Hallen bloß zum Turnen und nicht für den Kampf bereit sind. Die Arbeiterturner haben erneut ihre Eingabe um Ueberlassung von Turnhallen an den Magistrat gerichtet. Wir hoffen, daß die empfindliche Ungleichheit beseitigt wird, daß der Magistrat mit den reaktionären Maßnahmen aufhört und die Turnhallen allen öffnet. (Beifall.)

Stadtv. Lohse (Soz.): Ich bin heute in der Lage, als Stimmführer einer nicht arischen Klasse mit dem Edelriecken (Heiterkeit.) Auch wir verstehen nicht, wie der jüdisch-national Turnverein unpolitisch, der deutsch-national mit dem Namen "Turnverein" aber politisch sein soll. Den Arbeiterturnern werden die Hallen sogar verweigert, obwohl sie weder jüdisch, noch arisch sind, sondern einfach das volkstümliche Turnen pflegen. Wir sind dafür, daß der Magistrat sowohl dem deutschen als dem arischen Vereine die Halle gibt, höchstens soll er dafür sorgen, daß die beiden zornigen Löwen nicht in derselben Halle turnen und schließlich auf einander losstürzen. (Heiterkeit.) Wohin die Richter nach der politischen Gestaltung führt, zeigt das maurige Beispiel, daß sozialistische und evangelische Hauptstelle in den Turnhallen erlaubt, die arische Hauptstelle aber verboten ist. Der Magistrat sollte sich noch dem kürzlich über einen Arbeiterangehörigen gefallenen Urteil des hiesigen Oberlandesgerichts richten. Demnach steht der Verein wohl auf sozialdemokratischer Grundlage, aber daraus folgt noch nicht, daß jede feiner Lebensäußerung politisch ist. Dabei kann man das Breslauer Oberlandesgericht doch wirklich nicht als Hort des Liberalismus bezeichnen. Um so bedauerlicher ist es, wenn der Magistrat nicht fragt, was die Turnvereine in den Hallen tun, sondern auf welchem Boden sie stehen. Der Arbeiterturnbund ist weit davon entfernt, sozialdemokratisch zu sein, aber selbst wenn er es wäre, hätte der Magistrat kein Recht, seinen Gesinnung nachzuweisen. Er hätte nur nachzufragen, was der Verein in der Halle treibt, und er würde finden, daß die Hallen bloß zum Turnen und nicht für den Kampf bereit sind. Die Arbeiterturner haben erneut ihre Eingabe um Ueberlassung von Turnhallen an den Magistrat gerichtet. Wir hoffen, daß die empfindliche Ungleichheit beseitigt wird, daß der Magistrat mit den reaktionären Maßnahmen aufhört und die Turnhallen allen öffnet. (Beifall.)

Stadtv. Lohse (Soz.): Ich bin heute in der Lage, als Stimmführer einer nicht arischen Klasse mit dem Edelriecken (Heiterkeit.) Auch wir verstehen nicht, wie der jüdisch-national Turnverein unpolitisch, der deutsch-national mit dem Namen "Turnverein" aber politisch sein soll. Den Arbeiterturnern werden die Hallen sogar verweigert, obwohl sie weder jüdisch, noch arisch sind, sondern einfach das volkstümliche Turnen pflegen. Wir sind dafür, daß der Magistrat sowohl dem deutschen als dem arischen Vereine die Halle gibt, höchstens soll er dafür sorgen, daß die beiden zornigen Löwen nicht in derselben Halle turnen und schließlich auf einander losstürzen. (Heiterkeit.) Wohin die Richter nach der politischen Gestaltung führt, zeigt das maurige Beispiel, daß sozialistische und evangelische Hauptstelle in den Turnhallen erlaubt, die arische Hauptstelle aber verboten ist. Der Magistrat sollte sich noch dem kürzlich über einen Arbeiterangehörigen gefallenen Urteil des hiesigen Oberlandesgerichts richten. Demnach steht der Verein wohl auf sozialdemokratischer Grundlage, aber daraus folgt noch nicht, daß jede feiner Lebensäußerung politisch ist. Dabei kann man das Breslauer Oberlandesgericht doch wirklich nicht als Hort des Liberalismus bezeichnen. Um so bedauerlicher ist es, wenn der Magistrat nicht fragt, was die Turnvereine in den Hallen tun, sondern auf welchem Boden sie stehen. Der Arbeiterturnbund ist weit davon entfernt, sozialdemokratisch zu sein, aber selbst wenn er es wäre, hätte der Magistrat kein Recht, seinen Gesinnung nachzuweisen. Er hätte nur nachzufragen, was der Verein in der Halle treibt, und er würde finden, daß die Hallen bloß zum Turnen und nicht für den Kampf bereit sind. Die Arbeiterturner haben erneut ihre Eingabe um Ueberlassung von Turnhallen an den Magistrat gerichtet. Wir hoffen, daß die empfindliche Ungleichheit beseitigt wird, daß der Magistrat mit den reaktionären Maßnahmen aufhört und die Turnhallen allen öffnet. (Beifall.)

Stadtv. Lohse (Soz.): Ich bin heute in der Lage, als Stimmführer einer nicht arischen Klasse mit dem Edelriecken (Heiterkeit.) Auch wir verstehen nicht, wie der jüdisch-national Turnverein unpolitisch, der deutsch-national mit dem Namen "Turnverein" aber politisch sein soll. Den Arbeiterturnern werden die Hallen sogar verweigert, obwohl sie weder jüdisch, noch arisch sind, sondern einfach das volkstümliche Turnen pflegen. Wir sind dafür, daß der Magistrat sowohl dem deutschen als dem arischen Vereine die Halle gibt, höchstens soll er dafür sorgen, daß die beiden zornigen Löwen nicht in derselben Halle turnen und schließlich auf einander losstürzen. (Heiterkeit.) Wohin die Richter nach der politischen Gestaltung führt, zeigt das maurige Beispiel, daß sozialistische und evangelische Hauptstelle in den Turnhallen erlaubt, die arische Hauptstelle aber verboten ist. Der Magistrat sollte sich noch dem kürzlich über einen Arbeiterangehörigen gefallenen Urteil des hiesigen Oberlandesgerichts richten. Demnach steht der Verein wohl auf sozialdemokratischer Grundlage, aber daraus folgt noch nicht, daß jede feiner Lebensäußerung politisch ist. Dabei kann man das Breslauer Oberlandesgericht doch wirklich nicht als Hort des Liberalismus bezeichnen. Um so bedauerlicher ist es, wenn der Magistrat nicht fragt, was die Turnvereine in den Hallen tun, sondern auf welchem Boden sie stehen. Der Arbeiterturnbund ist weit davon entfernt, sozialdemokratisch zu sein, aber selbst wenn er es wäre, hätte der Magistrat kein Recht, seinen Gesinnung nachzuweisen. Er hätte nur nachzufragen, was der Verein in der Halle treibt, und er würde finden, daß die Hallen bloß zum Turnen und nicht für den Kampf bereit sind. Die Arbeiterturner haben erneut ihre Eingabe um Ueberlassung von Turnhallen an den Magistrat gerichtet. Wir hoffen, daß die empfindliche Ungleichheit beseitigt wird, daß der Magistrat mit den reaktionären Maßnahmen aufhört und die Turnhallen allen öffnet. (Beifall.)

Stadtv. Lohse (Soz.): Ich bin heute in der Lage, als Stimmführer einer nicht arischen Klasse mit dem Edelriecken (Heiterkeit.) Auch wir verstehen nicht, wie der jüdisch-national Turnverein unpolitisch, der deutsch-national mit dem Namen "Turnverein" aber politisch sein soll. Den Arbeiterturnern werden die Hallen sogar verweigert, obwohl sie weder jüdisch, noch arisch sind, sondern einfach das volkstümliche Turnen pflegen. Wir sind dafür, daß der Magistrat sowohl dem deutschen als dem arischen Vereine die Halle gibt, höchstens soll er dafür sorgen, daß die beiden zornigen Löwen nicht in derselben Halle turnen und schließlich auf einander losstürzen. (Heiterkeit.) Wohin die Richter nach der politischen Gestaltung führt, zeigt das maurige Beispiel, daß sozialistische und evangelische Hauptstelle in den Turnhallen erlaubt, die arische Hauptstelle aber verboten ist. Der Magistrat sollte sich noch dem kürzlich über einen Arbeiterangehörigen gefallenen Urteil des hiesigen Oberlandesgerichts richten. Demnach steht der Verein wohl auf sozialdemokratischer Grundlage, aber daraus folgt noch nicht, daß jede feiner Lebensäußerung politisch ist. Dabei kann man das Breslauer Oberlandesgericht doch wirklich nicht als Hort des Liberalismus bezeichnen. Um so bedauerlicher ist es, wenn der Magistrat nicht fragt, was die Turnvereine in den Hallen tun, sondern auf welchem Boden sie stehen. Der Arbeiterturnbund ist weit davon entfernt, sozialdemokratisch zu sein, aber selbst wenn er es wäre, hätte der Magistrat kein Recht, seinen Gesinnung nachzuweisen. Er hätte nur nachzufragen, was der Verein in der Halle treibt, und er würde finden, daß die Hallen bloß zum Turnen und nicht für den Kampf bereit sind. Die Arbeiterturner haben erneut ihre Eingabe um Ueberlassung von Turnhallen an den Magistrat gerichtet. Wir hoffen, daß die empfindliche Ungleichheit beseitigt wird, daß der Magistrat mit den reaktionären Maßnahmen aufhört und die Turnhallen allen öffnet. (Beifall.)

Stadtv. Lohse (Soz.): Ich bin heute in der Lage, als Stimmführer einer nicht arischen Klasse mit dem Edelriecken (Heiterkeit.) Auch wir verstehen nicht, wie der jüdisch-national Turnverein unpolitisch, der deutsch-national mit dem Namen "Turnverein" aber politisch sein soll. Den Arbeiterturnern werden die Hallen sogar verweigert, obwohl sie weder jüdisch, noch arisch sind, sondern einfach das volkstümliche Turnen pflegen. Wir sind dafür, daß der Magistrat sowohl dem deutschen als dem arischen Vereine die Halle gibt, höchstens soll er dafür sorgen, daß die beiden zornigen Löwen nicht in derselben Halle turnen und schließlich auf einander losstürzen. (Heiterkeit.) Wohin die Richter nach der politischen Gestaltung führt, zeigt das maurige Beispiel, daß sozialistische und evangelische Hauptstelle in den Turnhallen erlaubt, die arische Hauptstelle aber verboten ist. Der Magistrat sollte sich noch dem kürzlich über einen Arbeiterangehörigen gefallenen Urteil des hiesigen Oberlandesgerichts richten. Demnach steht der Verein wohl auf sozialdemokratischer Grundlage, aber daraus folgt noch nicht, daß jede feiner Lebensäußerung politisch ist. Dabei kann man das Breslauer Oberlandesgericht doch wirklich nicht als Hort des Liberalismus bezeichnen. Um so bedauerlicher ist es, wenn der Magistrat nicht fragt, was die Turnvereine in den Hallen tun, sondern auf welchem Boden sie stehen. Der Arbeiterturnbund ist weit davon entfernt, sozialdemokratisch zu sein, aber selbst wenn er es wäre, hätte der Magistrat kein Recht, seinen Gesinnung nachzuweisen. Er hätte nur nachzufragen, was der Verein in der Halle treibt, und er würde finden, daß die Hallen bloß zum Turnen und nicht für den Kampf bereit sind. Die Arbeiterturner haben erneut ihre Eingabe um Ueberlassung von Turnhallen an den Magistrat gerichtet. Wir hoffen, daß die empfindliche Ungleichheit beseitigt wird, daß der Magistrat mit den reaktionären Maßnahmen aufhört und die Turnhallen allen öffnet. (Beifall.)

Stadtv. Lohse (Soz.): Ich bin heute in der Lage, als Stimmführer einer nicht arischen Klasse mit dem Edelriecken (Heiterkeit.) Auch wir verstehen nicht, wie der jüdisch-national Turnverein unpolitisch, der deutsch-national mit dem Namen "Turnverein" aber politisch sein soll. Den Arbeiterturnern werden die Hallen sogar verweigert, obwohl sie weder jüdisch, noch arisch sind, sondern einfach das volkstümliche Turnen pflegen. Wir sind dafür, daß der Magistrat sowohl dem deutschen als dem arischen Vereine die Halle gibt, höchstens soll er dafür sorgen, daß die beiden zornigen Löwen nicht in derselben Halle turnen und schließlich auf einander losstürzen. (Heiterkeit.) Wohin die Richter nach der politischen Gestaltung führt, zeigt das maurige Beispiel, daß sozialistische und evangelische Hauptstelle in den Turnhallen erlaubt, die arische Hauptstelle aber verboten ist. Der Magistrat sollte sich noch dem kürzlich über einen Arbeiterangehörigen gefallenen Urteil des hiesigen Oberlandesgerichts richten. Demnach steht der Verein wohl auf sozialdemokratischer Grundlage, aber daraus folgt noch nicht, daß jede feiner Lebensäußerung politisch ist. Dabei kann man das Breslauer Oberlandesgericht doch wirklich nicht als Hort des Liberalismus bezeichnen. Um so bedauerlicher ist es, wenn der Magistrat nicht fragt, was die Turnvereine in den Hallen tun, sondern auf welchem Boden sie stehen. Der Arbeiterturnbund ist weit davon entfernt, sozialdemokratisch zu sein, aber selbst wenn er es wäre, hätte der Magistrat kein Recht, seinen Gesinnung nachzuweisen. Er hätte nur nachzufragen, was der Verein in der Halle treibt, und er würde finden, daß die Hallen bloß zum Turnen und nicht für den Kampf bereit sind. Die Arbeiterturner haben erneut ihre Eingabe um Ueberlassung von Turnhallen an den Magistrat gerichtet. Wir hoffen, daß die empfindliche Ungleichheit beseitigt wird, daß der Magistrat mit den reaktionären Maßnahmen aufhört und die Turnhallen allen öffnet. (Beifall.)

Stadtv. Lohse (Soz.): Ich bin heute in der Lage, als Stimmführer einer nicht arischen Klasse mit dem Edelriecken (Heiterkeit.) Auch wir verstehen nicht, wie der jüdisch-national Turnverein unpolitisch, der deutsch-national mit dem Namen "Turnverein" aber politisch sein soll. Den Arbeiterturnern werden die Hallen sogar verweigert, obwohl sie weder jüdisch, noch arisch sind, sondern einfach das volkstümliche Turnen pflegen. Wir sind dafür, daß der Magistrat sowohl dem deutschen als dem arischen Vereine die Halle gibt, höchstens soll er dafür sorgen, daß die beiden zornigen Löwen nicht in derselben Halle turnen und schließlich auf einander losstürzen. (Heiterkeit.) Wohin die Richter nach der politischen Gestaltung führt, zeigt das maurige Beispiel, daß sozialistische und evangelische Hauptstelle in den Turnhallen erlaubt, die arische Hauptstelle aber verboten ist. Der Magistrat sollte sich noch dem kürzlich über einen Arbeiterangehörigen gefallenen Urteil des hiesigen Oberlandesgerichts richten. Demnach steht der Verein wohl auf sozialdemokratischer Grundlage, aber daraus folgt noch nicht, daß jede feiner Lebensäußerung politisch ist. Dabei kann man das Breslauer Oberlandesgericht doch wirklich nicht als Hort des Liberalismus bezeichnen. Um so bedauerlicher ist es, wenn der Magistrat nicht fragt, was die Turnvereine in den Hallen tun, sondern auf welchem Boden sie stehen. Der Arbeiterturnbund ist weit davon entfernt, sozialdemokratisch zu sein, aber selbst wenn er es wäre, hätte der Magistrat kein Recht, seinen Gesinnung nachzuweisen. Er hätte nur nachzufragen, was der Verein in der Halle treibt, und er würde finden, daß die Hallen bloß zum Turnen und nicht für den Kampf bereit sind. Die Arbeiterturner haben erneut ihre Eingabe um Ueberlassung von Turnhallen an den Magistrat gerichtet. Wir hoffen, daß die empfindliche Ungleichheit beseitigt wird, daß der Magistrat mit den reaktionären Maßnahmen aufhört und die Turnhallen allen öffnet. (Beifall.)

Stadtv. Lohse (Soz.): Ich bin heute in der Lage, als Stimmführer einer nicht arischen Klasse mit dem Edelriecken (Heiterkeit.) Auch wir verstehen nicht, wie der jüdisch-national Turnverein unpolitisch, der deutsch-national mit dem Namen "Turnverein" aber politisch sein soll. Den Arbeiterturnern werden die Hallen sogar verweigert, obwohl sie weder jüdisch, noch arisch sind, sondern einfach das volkstümliche Turnen pflegen. Wir sind dafür, daß der Magistrat sowohl dem deutschen als dem arischen Vereine die Halle gibt, höchstens soll er dafür sorgen, daß die beiden zornigen Löwen nicht in derselben Halle turnen und schließlich auf einander losstürzen. (Heiterkeit.) Wohin die Richter nach der politischen Gestaltung führt, zeigt das maurige Beispiel, daß sozialistische und evangelische Hauptstelle in den Turnhallen erlaubt, die arische Hauptstelle aber verboten ist. Der Magistrat sollte sich noch dem kürzlich über einen Arbeiterangehörigen gefallenen Urteil des hiesigen Oberlandesgerichts richten. Demnach steht der Verein wohl auf sozialdemokratischer Grundlage, aber daraus folgt noch nicht, daß jede feiner Lebensäußerung politisch ist. Dabei kann man das Breslauer Oberlandesgericht doch wirklich nicht als Hort des Liberalismus bezeichnen. Um so bedauerlicher ist es, wenn der Magistrat nicht fragt, was die Turnvereine in den Hallen tun, sondern auf welchem Boden sie stehen. Der Arbeiterturnbund ist weit davon entfernt, sozialdemokratisch zu sein, aber selbst wenn er es wäre, hätte der Magistrat kein Recht, seinen Gesinnung nachzuweisen. Er hätte nur nachzufragen, was der Verein in der Halle treibt, und er würde finden, daß die Hallen bloß zum Turnen und nicht für den Kampf bereit sind. Die Arbeiterturner haben erneut ihre Eingabe um Ueberlassung von Turnhallen an den Magistrat gerichtet. Wir hoffen, daß die empfindliche Ungleichheit beseitigt wird, daß der Magistrat mit den reaktionären Maßnahmen aufhört und die Turnhallen allen öffnet. (Beifall.)

Stadtv. Lohse (Soz.): Ich bin heute in der Lage, als Stimmführer einer nicht arischen Klasse mit dem Edelriecken (Heiterkeit.) Auch wir verstehen nicht, wie der jüdisch-national Turnverein unpolitisch, der deutsch-national mit dem Namen "Turnverein" aber politisch sein soll. Den Arbeiterturnern werden die Hallen sogar verweigert, obwohl sie weder jüdisch, noch arisch sind, sondern einfach das volkstümliche Turnen pflegen. Wir sind dafür, daß der Magistrat sowohl dem deutschen als dem arischen Vereine die Halle gibt, höchstens soll er dafür sorgen, daß die beiden zornigen Löwen nicht in derselben Halle turnen und schließlich auf einander losstürzen. (Heiterkeit.) Wohin die Richter nach der politischen Gestaltung führt, zeigt das maurige Beispiel, daß sozialistische und evangelische Hauptstelle in den Turnhallen erlaubt, die arische Hauptstelle aber verboten ist. Der Magistrat sollte sich noch dem kürzlich über einen Arbeiterangehörigen gefallenen Urteil des hiesigen Oberlandesgerichts richten. Demnach steht der Verein wohl auf sozialdemokratischer Grundlage, aber daraus folgt noch nicht, daß jede feiner Lebensäußerung politisch ist. Dabei kann man das Breslauer Oberlandesgericht doch wirklich nicht als Hort des Liberalismus bezeichnen. Um so bedauerlicher ist es, wenn der Magistrat nicht fragt, was die Turnvereine in den Hallen tun, sondern auf welchem Boden sie stehen. Der Arbeiterturnbund ist weit davon entfernt, sozialdemokratisch zu sein, aber selbst wenn er es wäre, hätte der Magistrat kein Recht, seinen Gesinnung nachzuweisen. Er hätte nur nachzufragen, was der Verein in der Halle treibt, und er würde finden, daß die Hallen bloß zum Turnen und nicht für den Kampf bereit sind. Die Arbeiterturner haben erneut ihre Eingabe um Ueberlassung von Turnhallen an den Magistrat gerichtet. Wir hoffen, daß die empfindliche Ungleichheit beseitigt wird, daß der Magistrat mit den reaktionären Maßnahmen aufhört und die Turnhallen allen öffnet. (Beifall.)

Stadtv. Lohse (Soz.): Ich bin heute in der Lage, als Stimmführer einer nicht arischen Klasse mit dem Edelriecken (Heiterkeit.) Auch wir verstehen nicht, wie der jüdisch-national Turnverein unpolitisch, der deutsch-national mit dem Namen "Turnverein" aber politisch sein soll. Den Arbeiterturnern werden die Hallen sogar verweigert, obwohl sie weder jüdisch, noch arisch sind, sondern einfach das volkstümliche Turnen pflegen. Wir sind dafür, daß der Magistrat sowohl dem deutschen als dem arischen Vereine die Halle gibt, höchstens soll er dafür sorgen, daß die beiden zornigen Löwen nicht in derselben Halle turnen und schließlich auf einander losstürzen. (Heiterkeit.) Wohin die Richter nach der politischen Gestaltung führt, zeigt das maurige Beispiel, daß sozialistische und evangelische Hauptstelle in den Turnhallen erlaubt, die arische Hauptstelle aber verboten ist. Der Magistrat sollte sich noch dem kürzlich über einen Arbeiterangehörigen gefallenen Urteil des hiesigen Oberlandesgerichts richten. Demnach steht der Verein wohl auf sozialdemokratischer Grundlage, aber daraus folgt noch nicht, daß jede feiner Lebensäußerung politisch ist. Dabei kann man das Breslauer Oberlandesgericht doch wirklich nicht als Hort des Liberalismus bezeichnen. Um so bedauerlicher ist es, wenn der Magistrat nicht fragt, was die Turnvereine in den Hallen tun, sondern auf welchem Boden sie stehen. Der Arbeiterturnbund ist weit davon entfernt, sozialdemokratisch zu sein, aber selbst wenn er es wäre, hätte der Magistrat kein Recht, seinen Gesinnung nachzuweisen. Er hätte nur nachzufragen, was der Verein in der Halle treibt, und er würde finden, daß die Hallen bloß zum Turnen und nicht für den Kampf bereit sind. Die Arbeiterturner haben erneut ihre Eingabe um Ueberlassung von Turnhallen an den Magistrat gerichtet. Wir hoffen, daß die empfindliche Ungleichheit beseitigt wird, daß der Magistrat mit den reaktionären Maßnahmen aufhört und die Turnhallen allen öffnet. (Beifall.)

Stadtv. Lohse (Soz.): Ich bin heute in der Lage, als Stimmführer einer nicht arischen Klasse mit dem Edelriecken (Heiterkeit.) Auch wir verstehen nicht, wie der jüdisch-national Turnverein unpolitisch, der deutsch-national mit dem Namen "Turnverein" aber politisch sein soll. Den Arbeiterturnern werden die Hallen sogar verweigert, obwohl sie weder jüdisch, noch arisch sind, sondern einfach das volkstümliche Turnen pflegen. Wir sind dafür, daß der Magistrat sowohl dem deutschen als dem arischen Vereine die Halle gibt, höchstens soll er dafür sorgen, daß die beiden zornigen Löwen nicht in derselben Halle turnen und schließlich auf einander losstürzen. (Heiterkeit.) Wohin die Richter nach der politischen Gestaltung führt, zeigt das maurige Beispiel, daß sozialistische und evangelische Hauptstelle in den Turnhallen erlaubt, die arische Hauptstelle aber verboten ist. Der Magistrat sollte sich noch dem kürzlich über einen Arbeiterangehörigen gefallenen Urteil des hiesigen Oberlandesgerichts richten. Demnach steht der Verein wohl auf sozialdemokratischer Grundlage, aber daraus folgt noch nicht, daß jede feiner Lebensäußerung politisch ist. Dabei kann man das Breslauer Oberlandesgericht doch wirklich nicht als Hort des Liberalismus bezeichnen. Um so bedauerlicher ist es, wenn der Magistrat nicht fragt, was die Turnvereine in den Hallen tun, sondern auf welchem Boden sie stehen. Der Arbeiterturnbund ist weit davon entfernt, sozialdemokratisch zu sein, aber selbst wenn er es wäre, hätte der Magistrat kein Recht, seinen Gesinnung nachzuweisen. Er hätte nur nachzufragen, was der Verein in der Halle treibt, und er würde finden, daß die Hallen bloß zum Turnen und nicht für den Kampf bereit sind. Die Arbeiterturner haben erneut ihre Eingabe um Ueberlassung von Turnhallen an den Magistrat gerichtet. Wir hoffen, daß die empfindliche Ungleichheit beseitigt wird, daß der Magistrat mit den reaktionären Maßnahmen aufhört und die Turnhallen allen öffnet. (Beifall.)

Stadtv. Lohse (Soz.): Ich bin heute in der Lage, als Stimmführer einer nicht arischen Klasse mit dem Edelriecken (Heiterkeit.) Auch wir verstehen nicht, wie der jüdisch-national Turnverein unpolitisch, der deutsch-national mit dem Namen "Turnverein" aber politisch sein soll. Den Arbeiterturnern werden die Hallen sogar verweigert, obwohl sie weder jüdisch, noch arisch sind, sondern einfach das volkstümliche Turnen pflegen. Wir sind dafür, daß der Magistrat sowohl dem deutschen als dem arischen Verei...

im Durchschnitt 45 Pf. für Ergänzungen und Reparaturen ausgelegt sind, waren es 1911 nur 7 Pf. für jeden Volksschüler. Für 1912 hatten meine Freunde bei der vorigen Staatsberatung in der Kommission 10.000 Mark, d. h. circa 15 Pf. pro Kopf, beantragt. Es wurden jedoch nur 6000 Mark bewilligt und für 1913 weitere 5000 Mark in Aussicht gestellt. Wenn wir uns nun vorstellen, daß die Schüler der höheren Klassen fast durchweg aus ihrer besseren Lebenslage heraus reichere Gelegenheiten haben, sich aus Eigenem Weiterbildung für ihre Vorkursarbeiten zu schaffen, und daß sie im Staat hierfür dennoch dreimal so reich bedacht sind, wenn wir ferner bedenken müssen, daß ganz besonders die Kinder der ärmeren Klassen vor dem fesselnden Einflusse der Schulbibliothek behütet werden müssen, weil sie ihm mehr unterworfen sind, so kann ich daran nicht zweifeln, daß Sie meinem berechtigten und wohlmeinenden Antrage einmütig zustimmen werden. Ich bitte Sie recht dringend darum.

Ferner beantrage ich, die zur Ausbildung von Volksschülern im Staat vorgesehenen und vom Auszubehringenden ungetragenen und ohne jede fassbare Begründung verweigerten 1000 Mark zur Ausbildung von Volksschülern bei Stellungsertretender wieder einzusetzen. Der Referent, Herr Wohler, brachte im Ausschusse das einzige und so sehr schwache Argument vor, daß die Gefahren der helfenden Jugend durch erhöhten Anreiz zu einer solchen Tätigkeit vermehrt würden. Das Gegenteil ist richtig. Gerade wenn die Jungen durch geeignete Vorbereitungen mehr Besonnenheit erlangen und mehr geeignete Vorgesetzten im Falle der Gefahr erreichen können, umfomeh berechnen sich die Gefahren für den hilfswilligen Helfer und umfomeh größer ist die Möglichkeit der Rettung für den Gefährdeten. Die Vorgesetzten dazu bieten sich so oft bei kameradschaftlichem Zusammenhalten der Volksschüler. Es ist unsere Pflicht, die Regungen solcher edler Menschlichkeit zu fördern. Ich bitte daher, auch diese 1000 Mark zu bewilligen.

Oberbürgermeister Ratting: Ich habe in der Sitzung der 100.000 Mark nicht eine große Ausschuss-Temperatur erhalten, sondern eine Staatsstille, die durchaus unangebracht ist. Ein Schlußantrag wird abgelehnt.

Stadtv. Lohse (Soz.): Die Annahme der Oberbürgermeisters, daß der Schulausbaufonds ein Ausgleichsfonds ist, ist irrig. Für Schulbauten haben wir stets genug bewilligt, aber es häßet dann immer bei der Ausführung der Bauten, womit wir seit Jahren im Rückstande sind. Seitdem der Schulausbaufonds besteht, ist er oft sogar für andere Zwecke verwendet worden, was am besten zeigt, daß er überflüssig bemessen war. In einer Ordnung kommen wir nur wenn wir in jedem Jahre die erforderlichen Ausgaben einstellen. Ein Schlußantrag wird vom Stadtv. Lohse bekämpft und er beantragt Vertagung. Der Schlußantrag wird angenommen.

Stadtv. Wohler (lib.) hält ein kurzes Schlußwort und empfiehlt nachmals, den Etat nach den Ausschuss-Anträgen anzunehmen. Die Abstimmung ergibt folgendes: Der Antrag Wiener, weitere 5000 Mark für Schülerbibliotheken zu bewilligen, wird abgelehnt, ebenso die 1000 Mark für die Unterweisung von Volksschülern in der Lebensrettung. Die übrigen Ausschuss-Anträge werden angenommen, mit Ausnahme des Vorschlags, in Zukunft den Schulausbaufonds nach dem jeweiligen Bedarf zu bemessen.

Die Etats der Gymnasien und der Ober-Realschule wurden vorläufig festgestellt.

Der Bewährung von Ordizulagen an die technischen Lehrerinnen wurde ohne Debatte zugestimmt.

Die Reparatur der Stromzuführungsanlagen der hiesigen Straßenbahn, die hauptsächlich für die Spreitung von Dampf erforderlich geworden und auf 60.000 Mark veranschlagt ist, wurde genehmigt.

Die Errichtung eines Neubaus an der Gießerei-straße für eine neu zu errichtende Oberrealschule wurde dem Finanzauschusse und dem Schulausschusse überwiesen. Die Errichtung neuer Klassen an eintägigen Mädchen-Mittelschulen ging an den Schulausschusse.

Von dem Freigut-Steine wurden kürzlich 230 Morgen gekauft. Mit der Verpachtung dieses Landes ist es nicht so glatt gegangen, wie man gehofft hatte. Das Land wurde daher in verschiedenen Parzellen ausgeschrieen und davon ist etwas mehr als die Hälfte verpachtet worden. Auf einen Dringlichkeitsantrag des Magistrats genehmigte die Versammlung die Pachterträge und ermächtigte den Magistrat, das übrige Land (etwa 83 Morgen) in kleineren Parzellen freihändig zu verpachten zu suchen.

Für die Tagung des gegenwärtig in Breslau versammelten Schlesischen Malerbundes wurde ein Zuschuß von 500 Mark bewilligt.

Für die Steuerzahlerliste I, die im Stadthaus, Gellertstraße 10, untergebracht ist, wurden größere Räumlichkeiten im Hause Lützenstraße 3, 4, 5 vom 1. April ab für jährlich 2500 Mark gemietet.

Schluß der Sitzung 7½ Uhr.

### Gewerbegerichtswahl in Breslau.

Am Donnerstag sind in Breslau 51 Weisiger und 17 Stellvertreter der Arbeiter und Arbeitgeber gewählt worden. Die Grundsätze der Verhältniswahl, die dabei seit 1907 angewendet werden, haben zur Folge, daß sich schon geringe Schwankungen in den Stimmzahlen in einigen Bezirken mehr oder weniger für die eine oder andere Partei auswirken. So ist es gestern gekommen, daß von der Liste I des Gewerkschaftskartells 44 Arbeiter aus Weisiger gewählt sind gegen 45, die 1910 gewählt wurden. Die Arbeitgeber-Weisiger nach Liste I des Gewerkschaftskartells haben sich von 13 auf 11 vermindert. Das hat aber wenig zu bedeuten, wenn man bedenkt, daß die Gegner vor drei Jahren vom Kartell überrumpelt wurden und jetzt natürlich alle Kräfte einlegten, um die roten Brüder zu erdrücken. Im ganzen wählten die Listen des Kartells noch wie vor mehr als die Hälfte aller wahlberechtigten Weisiger, womit man durchaus zufrieden sein kann.

Die Gewerbegerichtswahl für die Arbeitgeber waren Sonntag von 10 bis 2 Uhr in 6 Wahlbezirken. Diesmal erntete der bürgerliche Weisiger eine unerwartete Agitation. Jungensverbindungen, Wohlfahrtsvereine und wie sich die patriotischen Gesinde alle nennen, schloffen sich zum gemeinsamen Vorgehen gegen die verhassten roten zusammen. Sie stellten nur eine Liste auf, zu dem ausgerechneten Zweck, die roten ganz aus der Richterwahl des Gewerbegerichts auszuschließen. Die 13 Mann vor 2 Jahren lagen den Verhältnissen noch schwer im Wege. Und es zeigt, als ob ihre Wahlzeit nun erfüllt sei, denn nicht weniger als 1564 Weisiger haben sich in die Wahlzettel eingeschrieben. Es war dies in den Wahlbezirken, wenn man bedenkt, daß auch der bedürftigste Arbeiter zur Verfügung stand, und in dem vielen Jauchendehngen der Arbeiter zu solcher Agitation nicht vorhanden war. Was wollte demgegenüber die Agitation der Arbeitgeber? Sie wollten die Arbeiter ausschließen, die 13 Mann vor 2 Jahren lagen den Verhältnissen noch schwer im Wege. Und es zeigt, als ob ihre Wahlzeit nun erfüllt sei, denn nicht weniger als 1564 Weisiger haben sich in die Wahlzettel eingeschrieben. Es war dies in den Wahlbezirken, wenn man bedenkt, daß auch der bedürftigste Arbeiter zur Verfügung stand, und in dem vielen Jauchendehngen der Arbeiter zu solcher Agitation nicht vorhanden war.

Kartells hat wieder 11 Weisiger und 4 Gefasämmer aus sich vereinigt, zwei Weisiger weniger als im Vorjahr. Die Weisiger sind aber weiten 7 ungültig erklärten Stimmen verloren gegangen. Der Erfolg hing hier an einem Zurückstellen von einem Weisiger. Die Weisiger ersehen aus diesem seltenen Beispiel, wie es bei Wahlen auf eine Stimme ankommt, ja auf einen Weisiger. Die Liste I des bürgerlichen Kartells hat 40 Weisiger erhalten und 13 Gefasämmer. Das ist für die verwirklichten Aufstrengungen der Annahmehere kein glänzendes Ergebnis. Die Wahlberechtigung beträgt 52,3 Prozent aller eingetragenen Weisiger. Hier haben die bürgerlichen Weisiger veräußert. Aber wir wollen uns geloben, unablässig tätig zu sein und noch bessere Erfolge für die Zukunft vorbereiten.

Folgende Tabelle veranschaulicht uns die Wahlberechtigung der Arbeitgeber in den einzelnen Bezirken:

Bezirk	Eingetragene Weisiger	Abgegebenen Stimmen	Liste I des Gewerkschaftskartells	Liste II des bürgerlichen Kartells
1	444	242	86	202
2	222	108	20	87
3	128	72	22	50
4	188	91	12	79
5	309	140	24	115
6	305	165	57	107

Gesamtzahl: 1609 818 171 640

Die Wahlen der Weisiger der Arbeitnehmer wurden am Nachmittage vorgenommen. Im großen und ganzen vollzog sich das Wahlgeschäft mit der unseren Wahlmännern innewohnenden Sicherheit. Doch leider muß gesagt werden, daß der Magistrat bei der Einteilung der Wahlbezirke nicht genügend Weisiger beachtet hat. Wir hatten in vier Bezirken je über 1100 Weisiger eingetragen gesehen. Es ist unumstößlich, daß in 180 Minuten Wahlzeit diese eingetragen Weisigermassen ihr Wahlrecht unerschrankte ausüben können. Und so ist es gekommen, daß in dem Wahlbezirk II Magasinstraße, um 6 Uhr sich die Weisigen zu Hunderten stauten. Von den Nachkommen sind wieder einige Hundert umgehört, in der Meinung, sie können bis 8½ Uhr doch nicht mehr wählen. Als um diese Zeit die Wahllokale geschlossen wurde, waren noch ca. 120 Weisiger im Lokal. Dazu kommt, daß der Wahlvorsteher überaus nervös zu Werke ging und das Wahlgeschäft dadurch nicht gefördert werden war.

Folgende Aufstellung zeigt uns das Stimmenverhältnis, Stimmenabgabe bei den Arbeitnehmerwahlen.

Bezirk	Eingetragene Weisiger	Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen	Liste I der Gewerkschaftskartells	Liste II der freien Gewerkschaften	Liste III der christlichen Gewerkschaften	Ungültig	Gesamtzahl beteiligten in Prozenten
1	780	437	38	282	117	—	56
2	1120	679	23	306	50	—	60
3	1030	679	21	312	44	—	65,9
4	840	591	19	312	60	—	70,3
5	990	697	13	360	20	4	—
6	720	460	32	360	56	2	62,5
7	750	558	27	499	27	—	73
8	700	482	38	338	55	1	69
9	640	418	9	328	16	—	65
10	600	392	19	321	31	—	62
11	900	648	42	362	42	—	70,2
12	920	689	31	318	39	—	75
13	600	412	28	329	55	—	69,8
14	1130	650	27	377	76	—	75
15	890	645	43	358	48	1	72,7
16	1140	677					

**\* Das freikunig-nationalliberale Abkommen.**  
Die „Dreslauer Zeitung“ hat erwidert, daß ihr Abkommen „eine gute Presse“ gefunden habe und sie knüpft daran die Bemerkung:

„Aus diesem Kerger, der hüben und drüben zum Ausdruck kommt, kann man untrüglich erkennen, daß die beiden liberalen Parteien mit ihrem Abkommen das Richtige getroffen haben.“

Nach der Wahl, verkehrte „Dreslauer Zeitung“, nach der Wahl sprechen wir uns darüber, wie „das Richtige“ getroffen worden ist. Es bleibt immer eine unklare Sache, wenn man zu früh kräht. Man liefert sich nur dem Gespött der Strockerleute aus.

**\* Stadtverordnetenversammlung.** Am nächsten Donnerstag, den 6. März, findet eine Sitzung der Stadtverordneten nicht statt.

**\* Drei Submissionsämter** sollen in Schlesien errichtet werden. Ursprünglich dachte man in Innungsstreiten nur an ein Submissionsamt in Breslau; aber die Vertreter der schlesischen Gewerkschaften in Breslau haben, wie berichtet wird, dieser Tage beschlossen, je ein Submissionsamt in Breslau, Liegnitz und Oppeln zu gründen, die bei der Größe der Provinz nötig seien. Das Submissionsamt in Breslau, das vom Staate mit jährlich 12 000 Mk. unterstützt wird, soll seine Arbeit am 1. April 1913 beginnen.

**\* Ein Jubiläum der Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn.** Die Linie Freiburg-Waldenburg besteht am 1. März 50 Jahre. Am 1. März 1853 wurde die Bahn von Freiburg bis Waldenburg um 17 Kilometer verlängert, so daß die Strecke von Breslau bis Waldenburg 74 Kilometer lang wurde.

**\* Die Aufhebung des Mann-Heimwanges** für den Stadtkreis Breslau hat der Tierchutzverein bei dem Polizeipräsidenten beantragt. Dieser hat jetzt den Antrag aus gesundheitlichen Gründen abgelehnt.

**\* Der alte Breslauer Konsumverein** hat am Donnerstag in den Union-Festlokalen auf der Neustadtstraße seine Generalversammlung abgehalten und beschlossen, wieder eine Rückgewähr von 11 Prozent zu zahlen. Die Auszahlung beginnt heute Freitag.

**\* Breslauer Schwurgericht.** Am Montag, den 4. März, beginnt die 2. hiesige Schwurgerichtsverhandlung unter dem Vorsitz des Landgerichtsrats Fritze. Folgende Strafsachen kommen zur Verhandlung: Am 3. März wider den städtischen Geldheber Paul Bied aus Breslau wegen Verbrechen im Amt; am 4. März wider den Oberpostassistenten Franz Krause aus Breslau wegen Verbrechen im Amt; am 5. März wider den Arbeiter Otto Kunze, den Fischer Heinrich Böchel und den Kutscher Felts Görtz, sämtlich aus Breslau wegen Verbrechen; am 6. und 7. März wider den Vorstandsmitglied Franz Geyer aus Breslau wegen Verbrechen; am 8. März wider den Zimmergesellen August Krause aus Breslau wegen Verbrechen; wider den Arbeiter Franz Brudny aus Gohla, Kreis Neumarkt, wegen Brandstiftung.

**\* Keine Verletzung des Urheberrechts.** Eine für die Presse wichtige Entscheidung sollte am Donnerstag die erste Breslauer Strafkammer, vor der sich der Redakteur Bilge der „Breslauer Morgenzeitung“ wegen Verletzung des Urheberrechts verantworten mußte. Im Juli 1912 hatte ein Redakteur Schönthal aus Charin einen Artikel verfaßt, der von ihm unter der Überschrift „Der Regenschirm“ an eine Anzahl deutscher Tageszeitungen zum Abdruck geschickt wurde. Diese weltbewegende Geschichte von dem vergessenen Regenschirm eines Professors brachte auch in Nummer 88 die „Breslauer Morgenzeitung“ ohne Quellenangabe mit der Veränderung der Überschrift „Der herrliche Herrreusch“. Schönthal, der von dem Abdruck seiner Schurke in der Morgenzeitung Kenntnis erhielt, stellte gegen die Morgenzeitung Strafantrag wegen Verletzung des Urheberrechts. Der Richter beantragte die Verurteilung des Angeklagten und die Aufhebung einer am Schönthal zu zahlenden Buße von nicht weniger als 400 Mark. Der Staatsanwalt war der Meinung, die vorstehende Anekdote sei ein eigenes literarisches Erzeugnis, das nicht ohne weiteres eigenmächtig nachgedruckt werden durfte. Die Strafkammer war aber anderer Meinung. Sie erklärte den Artikel als eine Mitteilung tatsächlichen Inhalts, die nicht unter die Bestimmungen des Urheberrechts fällt. Der Angeklagte wurde auf Kosten der Staatskasse freigesprochen.

**\* Wegen wissentlicher falscher Anschuldigung** stand der 61-jährige Arbeiter Franz Tobias vor der hiesigen dritten Strafkammer. Der Angeklagte ist Ende September v. J. bei der Ausführung eines Bodenstammdiebstahls überführt und festgenommen worden. Die hinzukommenden Hausbewohner übten zum Teil Lynchjustiz gegen den Dieb, der seiner Verwaltung auch großen Widerstand entgegensetzte. Uebel zugerichtet wurde der Mann zur Wache gebracht, wo es sich auch herausstellte, daß er einen Bruch des linken Handgelenkes erlitten hatte. Vom Gefängnis aus schrieb Tobias an den Polizeipräsidenten und beschwerte sich über den Schuhmann, dem er auch die Handverletzung zuzuschreiben. In der Folge wurde gegen den Schuhmann ein Ermittlungsverfahren wegen Körperverletzung eingeleitet, das jedoch eingestellt wurde, weil der Beamte jede Schuld bestritt und die Wundheilung des Inhaftierten als nicht glaubhaft erachtet wurden. Obendrein wurde Tobias noch wegen wissentlicher falscher Anschuldigung angeklagt und dafür zu zwei Monaten Zuchthaus zusätzlich der im November 1912 über ihn verhängten Zuchthausstrafe von zwei Jahren und drei Monaten verurteilt. Das Gericht nahm an, der Angeklagte habe wider besseres Wissen den Schuhmann beschuldigt, was Tobias in der Hauptverhandlung bestritt.

**\* Vom Schnapsdrücker befreit.** In der Nacht zum Donnerstag gegen 1 Uhr kam die Neudorfstraße entlang ein unbekannter Mann, der furchtbar lärmte. Er wurde von einem Schuhmann zur Ruhe verwiesen, beschimpfte aber den Beamten, griff ihn an, schlug ihn ins Gesicht und warf ihm den Helm vom Kopf. Bei dem Handgemenge biß der Verurteilte den Schuhmann in den Daumen und verletzte ihn so schwer, daß dieser sich in ärztliche Behandlung begeben mußte. Mit Hilfe von Vorübergehenden und eines dazukommenden Beamten gelang es, den sich wie wild gebärdenden Mann in eine Droschke zu schaffen und ihn auf die Wache zu bringen. Der Festgenommene benahm sich auch dort wie ein Verrückter, schnappte, tobte und beschädigte die Helle, jedoch nicht den Mann, der ihn festsetzte. Auch dem anderen Schuhmann hat er eine Verletzung zugefügt. Am Donnerstag früh verurteilte der Mann jede Auskunft, so daß man vor der Hand nicht wußte, mit wem man es zu tun hat.

**\* Weil er keinen Schnaps bekam.** Der dem Trunke ergebene arbeitslose Kutscher Gustav Stotta geriet am 6. Februar 1913 aus Wut darüber, weil ihm in einer Restauration kein Schnaps verabfolgt wurde, die Schauspielerische eines dem Lokal gegenüberliegenden Altemaerkaufhäuses auf der Stockaiff. Der Versicherungswert der Scheibe betrug 120 Mk. Das Schöffengericht erkannte am Donnerstag mit Rücksicht auf die Geringfügigkeit solcher Tuns auf sechs Monate Gefängnis.

**\* Straßenbahnunfall.** Am Donnerstag nachmittag kurz nach 1 Uhr ist auf der Schweidnitzerstraße, Ecke Königsstraße, ein Mann von einem Straßenbahnzug gefügt. Er erlitt bedeutende Verletzungen und wurde von herbeigerufenen Samaritern der Feuerwehr nach dem Allerheiligen-Hospital geschafft.

**\* Blinzler.** Am Donnerstag nachmittag gegen 2 1/2 Uhr wurde eine Frau, die die Anstaltsärztin übertrifft, durch einen Blitzschlag getötet, so daß sie beruhtlos zusammenbrach. Vorübergehende bemerkten sich sofort um die Frau.

brachten sie in einen Hausflur und riefen die Samariter der Feuerwehr herbei. Diese leisteten der Frau erste Hilfe und schafften sie mittels ihres Krankenwagens nach dem Allerheiligen-Hospital.

**\* Vermißt** wird seit dem 31. v. M. der 50 Jahre alte Milchpächter Paul Wittner aus Kottwitz, Kreis Breslau. Er ist etwa 1,68 Meter groß, hat graugelbes Haar und ebensolchen Bart. Bekleidet war er mit grauem Winterüberzieher, Pelzmütze, Mütze und Haubitzen.

**\* Vermißt** wird seit dem 23. Februar eine fünfjährige Schülerin von der Weidenstraße.

**\* Wäschebstahl.** Aus einem unverschlossenen Wäscheboden eines Grundstückes auf der Weidenstraße sind mehrere Wäschestücke gestohlen worden. Die Wäsche ist zum Teil R. P. gezeichnet.

**Vereine und Versammlungen.**

**\* Radfahrer.** Die Ortsgruppe Breslau des Radfahrerbundes „Solidarität“ gibt im Interim die Ausfahrten für den Monat März bekannt. Radfahrende Gewerkschafter und Parteigenossen werden jederzeit gern als Mitglieder aufgenommen. Der Bund pflegt nicht nur die gemeinsamen Ausfahrten, sondern auch das Kunst- und Reizfahren; ebenso sind seine Unternehmungen bei Unfällen und Todesfällen mustergerichtlich zu nennen.

**Aus der Frauenbewegung.**

**\* Führi Arbeiterinnenschaft.** Der Deutsche Handeltag hält Erleichterungen für die Beschäftigung von Arbeiterinnen für nötig“ so beginnt eine Resolution, die der letzte Handeltag unter dem Vorsitz des liberalen Reichstagspräsidenten Raempfer faßte. Die Arbeiterinnen sind, daß der Arbeiterinnenschaft zu streng gehandhabt wird. Sie verlangen, daß man ihnen erlaubt, für die Dauer von drei Tagen Ueberarbeit leisten zu lassen, ohne daß sie vorher um Genehmigung einzukommen brauchen. Es müsse genügen, daß sie nachträglich eingeholt wird. Es soll außerdem unzulässig sein, daß die Behörde die Erlaubnis von Ueberarbeit von der Zahlung eines höheren Lohnes abhängig macht.

Die Gewerbeordnung läßt bereits eine große Zahl von Ausnahmetagen — bis zu 40 im Jahre — zu an denen Arbeiterinnen bis 12 Stunden beschäftigt werden dürfen. Das genügt den Unternehmern aber nicht. Sie verlangen bis zu 50 Ausnahmetage, und außerdem möchten sie, daß sie die Ueberzeitbeschäftigung nicht vorher anzeigen brauchen.

Die Arbeiterinnen können heraus sehen, daß es noch immer schwer aufpassen heißt, wenn sie nicht wollen, daß ihnen das hiesige Arbeiterinnenschaft so nach und nach wieder genommen wird. Sie fordern den Achtstundentag — die Unternehmern kommen mit dem 8. Stundentag noch nicht aus. Die hiermit erzwungenen Reformen müssen in dauerndem Kampf befestigt werden.

Die Sozialdemokratie vertritt die Arbeiterinteressen im Reichstag. Sie ist die gegebene politische Organisation für alle arbeitenden Frauen, sie allein nimmt den Kampf mit den bürgerlichen Arbeitgeberparteien auf.

**Genossenschaftliches.**

**Die Entwicklung der Grobhandels-Genossenschaft** des Jahre 1912 war überaus glänzend. Der Warenumsatz stieg von 109.605.489,89 Mark auf 135.907.173,21 Mk., also um 26.301.708,32 Mk. oder 24 Prozent. Der Umsatz der Zigarren- und Tabakfabriken erhöhte sich von 2.892.609,25 Mk. auf 3.865.528,24 Mk., also um 972.919,99 Mk. oder 34 Prozent. Mehrfach entwickelte sich die Seifenfabrik. Sie steigerte ihren Umsatz von 4.865.904,30 Mk. auf 5.565.787,88 Mk., also um 700.883,58 Mk. oder 14 Prozent. Ganz gewaltige Fortschritte machte die Kanalkartei u. g. Sie legte auf Toronto um im Kredit 156.877.109,78 Mk. gegen 97.242.189,85 Mk. im Vorjahre, also 59.634.919,93 Mk. oder reichlich 61 Prozent mehr im Debit 154.537.935,19 Mk. gegen 15.489.351,30 Mk. im Vorjahre, also 59.048,583 Mk. oder fast 62 Prozent mehr.

Dieses allgemeine Wachstum darf die deutschen Genossenschaften mit berechtigtem Stolz erfüllen. Während die englische Grobhandels-Genossenschaft im 19. Jahre ihres Bestehens erst auf 83 Millionen Mk. Umsatz gebracht hatte, weist die deutsche nach neunzehnjähriger Tätigkeit bereits 136 Millionen Mark auf. Das eröffnet die schönsten Aussichten für die Zukunft.

**Parteiangelegenheiten.**

**Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratie Preußens.** Abgehalten in Berlin am 6. bis 8. Januar 1913. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer & Co. m. b. H., Berlin. Preis 1,25 Mk.

Aus dem Inhalt: Bericht des Geschäftsführenden Ausschusses. — Bericht der Landtagsfraktion. — Die Landwirtschaft in Preußen. — Die bevorstehenden Landtagswahlen und der Wahlrechtskampf in Preußen. — Stellung für die Landtagswahlen. — Statut der Landesorganisation für Preußen.

Das Protokoll, das für jeden Interessenten weit über die Grenzen Preußens hinaus zur Beurteilung der preussischen Zustände von Wichtigkeit ist, kann durch alle Buchhandlungen bezogen werden.

**Die preussischen Landtagswahlen.** Ein Führer durch das Dreiklassenwahlrecht. Vom Landtagsabgeordneten Robert Leiner. Preis 30 Pf. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer, Ges. m. b. H., Berlin S. W. 68. Ein unentbehrliches Buch für die Agitation zu den Landtagswahlen. Organisationen erhalten bei Masseneug bedauernd ermäßigte Preise.

**Neuere Nachrichten.**

**Zu den bevorstehenden Friedensverhandlungen.**

**Borbon, 8. Februar.** Die englische Regierung hat durch ihre Vertreter in Sofia, Athen und Belgrad anfragen lassen, welches die Friedensbedingungen der Balkanstaaten wären. Die Forderung soll nämlich, wie es in Londoner diplomatischen Kreisen heißt, geneigt sein, auf einer der Note der Mächte sich nähernden Grundlance Frieden zu schließen.

**Sofia, 28. Februar.** In hiesigen politischen Kreisen verläutet, daß der türkische Großwesir sich an den russischen Gesandten in Konstantinopel, Herrn von Giers, gewendet hat mit der Bitte, er solle als Vermittler die bulgarische Regierung zu einer Erneuerung der Friedensverhandlungen bewegen. Die Forderung sei bereit, Adrianopel an Bulgarien abzutreten und eine Grenzlinie Entlaha-Enos anzunehmen.

**Serbische Verstärkungen.**

**Wien, 28. Februar.** Die „Wiener Allgemeine Zeitung“ meldet aus Belgrad, Serbien werde mit 30 000 Mann, zehn schweren Belagerungsgeschützen und 24 Feldgeschützen Montenegro zu Hilfe kommen, um Skutari endlich zu halten zu bringen. Dieses serbische Expeditionskorps werde auf 42 bis 54 griechischen Dampfmaschinen von Saloniki nach Durazzo, San Giovanni di Medua und Antivari transportiert werden.

**Die deutsche Armee beizichtigt.**

**Strehburg, 28. Februar.** Vor dem Kriegegericht der 30. Division hatte sich gestern der Feldwebel Volpich von der 11. Kompagnie des 136. Infanterie-Regimentes wegen Beteiligung der deutschen Armee zu verantworten. Das Gericht kam nach längerer Beratung zu einem Schuldspruch und verurteilte den Feldwebel zu zwei Monaten Gefängnis und zur Degradation.

**1 1/2 Millionen Mark befreut.**

**Bukarest, 28. Februar.** Aus Konstanza wird gemeldet, daß der Kommerzienrat Gabay mit Hinterlassung einer Schuldenlast von 1 1/2 Millionen Mark flüchtig wurde. Er dürfte sich nach Konstantinopel gewendet haben.

**Vizepräsident der Kammer.**

**Paris, 28. Febr.** Der frühere Kolonialminister Lebrou ist an Stelle des neuen Kriegsministers Jennes zum Vizepräsidenten der Kammer gewählt worden.

**Kustomibus.**

**Chartres, 28. Februar.** Der Sappeur France hat gestern nachmittag auf dem Flugfeld einen neuen Rekord mit sechs Passagieren sowohl im Dauer- als auch im Höhenfahren aufgestellt. Er flog innerhalb einer Stunde bis 600 Meter Höhe. Dann unternahm er nochmals einen Flug und zwar sogar mit acht Passagieren bei einem Gewicht von 660 Kilogramm.

**Amnestie.**

**New York, 28. Februar.** Nach einer Meldung aus Mexiko hat der neue Präsident Cuera der Kammer ein umfassendes Amnestie-Gesetz vorgeschlagen, welches alle Rebellen umfassen soll, die sich innerhalb der nächsten vierzehn Tage unterwerfen.

**Weiternachrichten der Universitäts-Sternwarte.**

Wochentag	26. Februar	27. Februar	28. Februar
h. e. s. + 871.	h. e. s. + 871.	h. e. s. + 871.	h. e. s. + 871.
	W. u. M.	W. u. M.	W. u. M.
Sonnenhöhe (°)	+7,4	+8,1	+9,1
Sonnenabstand (km)	748,2	744,4	742,6
Quadrant (mm)	2,5	3,0	3,5
Quadrant (mm)	27	49	61
Quadrant (%)	50 3	6 2	6 2
Wetter	better	better	better

Gestern abend Maximumtemp. 8,1. Zur Reduktion auf Meeresspiegel sind 18,1 mm hinzuzuzugeln.

**Wasserstands-Nachrichten der Ober.**

Strecke	Wasserstand	Strecke	Wasserstand					
28. 2 [0,96]	0,86 [1,17] 0,11 [1,54]	0,92 [1,40] 0,79 [0,80]	0,30 [4,74]	1,32 [0,08]				
27. 2 [0,95]	0,69 [1,85] 0,13 [1,52]	0,87 [4,38] 1,19 [0,56]	0,58 [4,88]	1,28 [0,04]	1,05			
Wetter	[1,63]	0,98 [2,12]	0,42 [2,46]	2,07 [4,07]	2,41 [1,68]	1,58 [0,00]	0,14 [1,88]	0,45

\*) Auslieferungshöhe i. Kottwitz 3,50; für Treßden (Ober-)Oste-Neberung 3,27

**Versammlungen und Vereine.**

Sonnabend, den 1. März: Sattler und Portersmeister, abends 8 1/2 Uhr im „Grünen Bergel“, Kupferstraße.

Preis, Federarbeiter, Sonnabend abend 8 Uhr bei Reichel.  
Ratwerk, Sozialdemokr. Verein, Sonntag nachmittag 5 Uhr bei Straube, Volensstraße 47/48.

Die begonnenen  
**Dorndorf's**  
Musterschuhverkäufe  
à nur 12.00  
bieten größte Vorteile





Deutscher Reichstag.

121. Sitzung. Donnerstag, den 27. Februar, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesrotteisch: v. Breitenbach.

Stat der Reichseisenbahnen.

Abg. Fuchs (Soz.): Die Rentabilität der Reichseisenbahnen ist durch die strategischen Linien unzulänglich beeinflusst...

Selbst der Lokomotivführerverband, nicht etwa ein sozialdemokratischer Verein, sondern ein Verband, der seinen Patriotismus ganz aufrichtig hervorkehrt...

Bund der technisch-industriellen Beamten

und der Deutsche Technikerverband unterdrückt. Weil er in seinem Statut die Arbeitsbeeinträchtigung als berechtigtes Kampfmittel anerkannt...

nicht der Gewerbeordnung unterstellt werden. Aber man sollte ihre Stellung doch so sichern, daß sie nach zehnjähriger Tätigkeit nicht ohne weiteres entlassen werden können...

Abg. Schwabach (natl.): Wie steht es mit der Frage der Einführung eines

Ausgleichsfonds auch für die Reichseisenbahnen?

Die Jahrsabgabensteuer muß reformiert werden. Der jetzige Eisenbahnminister hat das Verdienst, die bei seinem Antritt zerstückelten Straßen zwischen Nord und Süd wieder angeknüpft zu haben...

Eisenbahnminister v. Breitenbach: Die deutschen Staatseisenbahnen werden heute schon so einheitlich verwaltet, daß man vom Verkehrsbestandsstandpunkt aus einen Übergang zu einem einheitlichen Reichseisenbahnsystem kaum empfinden würde.

Die Gütertaxis

sind über ganz Deutschland einheitlich geregelt. Ein Ausgleichsfonds für die Reichseisenbahnen ist angeht des sehr unzulässig kleinen Etats dieser Verwaltung nicht angebracht...

berücksichtigt; von den Anträgen auf Lohnherabsetzung ist ein ergeblicher Teil erfüllt worden, und von den Anträgen der Arbeitervereine sind im Jahre 1911 80 Prozent genehmigt worden...

Abg. Röber (Vp.) bestirmt die Resolution der Budgetkommission auf Schaffung von neuen Assistentenstellen...

Abg. Wundt (Vp.) wünscht bessere Eisenbahnverbindungen zwischen Lotzingen und der Pfalz.

Abg. Bessor (Lp. Zentr.) wünscht Verbesserung in den reichsständischen Verkehrsverhältnissen.

Abg. Dr. Werner-Grieser (Nürnb. Vereinig.) verlangt eine durchgreifende Besserung in Anstellungsverhältnissen der Militärärzte.

Eisenbahnminister v. Breitenbach weist auf die finanziellen Folgen der Erfüllung der Wünsche der Vorredner hin.

Das Abgeordnetenhaus

fehle am Donnerstag die Generaldebatte zum Etat der Bergverwaltung fort. Die Diskussion erstreckte sich auf die Frage des Kohlenyndikats...

Ueber die Bedeutung des Kohlenyndikats gingen die Anwesenden der Redner auseinander. Während die Vertreter des Großkapitals des Lobes voll waren über die Preispolitik...

In ähnlichem Sinne hatte sich vorher Abg. Dr. Pacht (Vp.) geäußert. Wenn der Handelsminister die schädliche Wirkung des Kohlenyndikats auch nicht umhin mußte...

Gewerkschaftsbewegung.

Deutsches Reich und Ausland.

Die Berliner Tischlermeister und Holzindustriellen stimmten nach längeren und oft recht stürmischen Beratungen schließlich dem Abkommen des Arbeitgeberverbands...

Aus aller Welt.

Bier Todesurteile im Pariser Apachenprojek.

Am Donnerstag früh kurz vor 8 Uhr ist das Urteil im Pariser Automobilbanditenprojek gefällt worden. Die Verurteilung der Geschworenen dauerte von Mittwoch 3 Uhr nachmittags bis Donnerstag 4 Uhr früh...

Die Geschworenen befanden die Schuldfragen bei Bidonne, Gallemin, Monter, Soudy, Caron und Metzge wurden mildere Umstände zuerkannt.

Die Geschworenen befanden die Schuldfragen bei Bidonne, Gallemin, Monter, Soudy, Caron und Metzge wurden mildere Umstände zuerkannt.

Die Geschworenen befanden die Schuldfragen bei Bidonne, Gallemin, Monter, Soudy, Caron und Metzge wurden mildere Umstände zuerkannt.

Die Geschworenen befanden die Schuldfragen bei Bidonne, Gallemin, Monter, Soudy, Caron und Metzge wurden mildere Umstände zuerkannt.

Die Geschworenen befanden die Schuldfragen bei Bidonne, Gallemin, Monter, Soudy, Caron und Metzge wurden mildere Umstände zuerkannt.

Die Geschworenen befanden die Schuldfragen bei Bidonne, Gallemin, Monter, Soudy, Caron und Metzge wurden mildere Umstände zuerkannt.

er die Geschäfte der Stadt übernommen hätte, einige höhere Polizeibeamte sich als Millionäre zurückgezogen hätten.

Die Eisberge sind da! Der auf der Fahrt nach Amerika befindliche Dampfer „Lionel“ der Cunardgesellschaft telegraphiert dem hiesigen Bureau der Gesellschaft, daß er bei 41 Grad N. 11 Minuten nördlicher Breite und 47 Grad, 27 Minuten westlicher Länge einen großen Eisberg beobachtet...

Ein Wilddiele erschossen. Als am Mittwochabend ein Jagdhüter den etwa 800 Hektar großen Wald Flossbach, einen berüchtigten Wildbreh, auf frischer Tat ergriff...

Verhaftung eines Werbers für die französische Fremdenlegation. Die Kriminalpolizei verhaftete in Frankfurt a. M. einen Werber für die französische Fremdenlegation...

Der Raubmörder Trentler gestorben. Der Schlosser Oskar Trentler, der am 17. Januar 1912 in Berlin die aus drei Personen bestehende Familie des Juweliers Schülke in der Alten Jakobstraße ermordet und beraubt hat...

Die Fahndung eines Verberers für die französische Fremdenlegation. Die Kriminalpolizei verhaftete in Frankfurt a. M. einen Werber für die französische Fremdenlegation...

Die Fahndung eines Verberers für die französische Fremdenlegation. Die Kriminalpolizei verhaftete in Frankfurt a. M. einen Werber für die französische Fremdenlegation...

Die Fahndung eines Verberers für die französische Fremdenlegation. Die Kriminalpolizei verhaftete in Frankfurt a. M. einen Werber für die französische Fremdenlegation...

wurden schwer verletzt. Alle drei Verletzten befinden sich in Lebensgefahr. Bei Wundt, der alsbald verhaftet wurde, und man noch 16 scharfe Patronen.

Keine Notizen.

Erdschlag in Baden. Aus Mühlheim in Baden wird berichtet: Im ganzen Maxgräfers Land ist am Donnerstag morgen 4 Uhr 20 Minuten ein heftiger Erdschlag verspürt worden...

Ein brasilianischer Cypreßzug entgleist. Nach einer Meldung aus Rio de Janeiro ist auf der Fahrt von Campinas nach Pocos de Caldas ein Cypreßzug entgleist. Vier Personen wurden getötet...

Felix Draesele, dessen Tod wir bereits melden, ist in Dresden, wo er nach vielen Wandern Boden gefast hatte, im Alter von 77 Jahren gestorben. Er gehörte als Komponist zu den Schülern Liszts und war in seiner Jugend ein leidenschaftlicher Parteigänger der „Neudeutschen“...

Ein Richard-Wagner-Denkmal in Leipzig. Bekanntlich wird Leipzig ein großes Richard-Wagner-Denkmal erhalten, das von Max Klingner ausgeführt wird und den Komponisten aufrecht schreitend, in einem Mantel gehüllt, darstellt. Die Grundsteinlegung dieses Denkmals wird bereits am 1. Oktober d. d. J. stattfinden...

Die Sanierung der Eisenbahnbehörde. Ein Mandsburger Stadtheater sollte der „Lokomotivführer-Clubs“ von W. Müller-Berthart zur Verfügung gestellt werden. Die Eisenbahnbehörde wünschte das Verbot und die Sanierung der Eisenbahnbehörde...

Die Sanierung der Eisenbahnbehörde. Ein Mandsburger Stadtheater sollte der „Lokomotivführer-Clubs“ von W. Müller-Berthart zur Verfügung gestellt werden. Die Eisenbahnbehörde wünschte das Verbot und die Sanierung der Eisenbahnbehörde...

Die Sanierung der Eisenbahnbehörde. Ein Mandsburger Stadtheater sollte der „Lokomotivführer-Clubs“ von W. Müller-Berthart zur Verfügung gestellt werden. Die Eisenbahnbehörde wünschte das Verbot und die Sanierung der Eisenbahnbehörde...

Die Sanierung der Eisenbahnbehörde. Ein Mandsburger Stadtheater sollte der „Lokomotivführer-Clubs“ von W. Müller-Berthart zur Verfügung gestellt werden. Die Eisenbahnbehörde wünschte das Verbot und die Sanierung der Eisenbahnbehörde...

